

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei. Einzelnachlieferung 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Berlin: Postamt: Postfach 10000. Halle: Postamt: Postfach 10000. Halle: Postamt: Postfach 10000. Halle: Postamt: Postfach 10000.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 23. März 1926

6. Jahrgang + Nr. 69

Die Sozialdemokratie stützt erneut die Luther-Regierung

Ein Schlag gegen die proletarische Front

(M.) Berlin, 22. März. Ueber die Billigungsformel, die die Regierungsparteien zur Genfer Frage im Reichstag eingebracht haben, wurde erst in den letzten Nachmittagsstunden eine endgültige Einigung erzielt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und die Fassung der deutschen Forderung in Genf. Er bekennt den berechtigten Erwartungen nicht entsprechenden Ausweg der Genfer Verhandlungen. Der Reichstag erwartet von der Reichsregierung die alsbaldige Erwirkung von Garantien dafür, daß die Bestimmungen des Vertragswerkes von Locarno insbesondere im besetzten Gebiet mit größter Befolgung einer den berechtigten deutschen Forderungen Rechnung tragenden Erfüllung ausgeführt und so bereits vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Erklärungen wirksam werden, die zwischen dem am Vertrag von Locarno beteiligten Mächten in Genf über die Wahrung der Unabhängigkeit und Fortführung der Außenpolitik vereinbart worden sind.

Berlin, 23. März.

Der „Vorwärts“ teilt mit: Bevor die Billigungsformel von den Regierungsparteien im Reichstag eingebracht worden sei, sei sie der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Urtext vorgelegt worden. Die Fraktion habe dem Antrag unter der Voraussetzung ihre Zustimmung gegeben, daß in ihm, wie es in dem Urtext nicht der Fall war, direkt vom Völkerbund gesprochen werde. Die Regierungsparteien erklärten sich mit dieser Forderung einverstanden, so daß die Fraktion im Plenum für die Billigungsformel stimmen werde.

Bis jetzt hat die Sozialdemokratische Partei versucht, für die Stützung des Luther-Kabinetts irgendwelche Entschuldigungsgründe anzuführen. Sie hat zuletzt noch vor wenigen Monaten durch Stimmenhaltung dem Kabinett Luther die Geltung ermöglicht, mit der Begründung: Man dürfe den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dadurch nicht fürchten, daß man die Forderung ausfüllen und demnach nicht in eine Zeit hineinverlege, die außerpolitisch noch äußerster Wichtigkeit sei. Man sprach großartig von einer „Bewährungsfrist“ für das Luther-Kabinett in außen- und innenpolitischer Beziehung. Nun wohl, das Luther-Kabinett hat die gewünschte Bewährungsfrist weißlich ausgenutzt. Was ist das Resultat gewesen?

Außenpolitisch: Deutschland ist nicht im Völkerbund gelandet. Luther und Stresemann haben sich 10 Tage lang in Genf herumgedrückt, um schließlich zu erklären, daß sie vielleicht im September nochmals feindsüchtig vordringen dürfen. Es ist ganz offensichtlich,

daß Deutschland nur ein Spielball der sich widerstreitenden Interessen Englands, Amerikas und Frankreichs gewesen ist und erst recht bleiben wird. Die Außenpolitik der Luther-Stresemann-Regierung hat also mit einem vollkommenen Bankrott geendet.

Innenpolitisch: In der von der Sozialdemokratie gegebenen Bewährungsfrist hat die Luther-Regierung nur arbeiterfeindliche Maßnahmen durchgeführt. Nach der Sobolege des Volksbegehrens plant man Verfassungsänderungen und Wahlrechtsraub. Trotz des wachsenden Erwerbslosen- und Kurzarbeitererlebens wurden alle Unterstützungsmaßnahmen abgelehnt. Der Finanzminister der Luther-Regierung hat bezeugt den deutschen Kapitalisten Millionen in den Kassen gemorrt, aber gleichzeitig die das wertvolle Volk belassenden Massenleuten beiseite. Die Mietpreise sollen auf unerhörte Höhe getrieben werden. Neuerdings tauchen wiederum Diktaturpläne der Reaktion und Pläne für ein Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes auf, die von der Luther-Regierung offen unterstützt werden.

Wir fragen nun die sozialdemokratischen Arbeiter: Haben sich die sozialdemokratischen Arbeiter die von ihren Führern der Luther-Regierung gegebene „Bewährungsfrist“ so vornehmlich? Sind die sozialdemokratischen Arbeiter damit einverstanden, daß die Weisungsinstanzen der SPD, eine so offen arbeiterfeindliche und die Regierung der deutschen Arbeiterklasse behagungslos unterstützt? Die sozialdemokratischen Arbeiter haben durch ihre Zustimmung beim Volksbegehren bezeugt, daß sie mit der gesamten Arbeiterschaft in einer Front marschieren. Das gesamte Volksbegehren ist das gewaltigste Mißtrauensvotum gegen die Politik der Luther-Regierung. Angesichts dieses außen- und innenpolitischen Bankrotts wagen es die sozialdemokratischen Führer, der Luther-Regierung von neuem das Vertrauen auszusprechen. Das ist ein Schlag gegen den Willen des wertvollen Volkes. Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter es ablehnen, die im Volksbegehren erprobte Einheitsfront der gesamten Arbeiterfront durch die sozialdemokratischen Führer getrieben zu lassen.

Die Luther-Regierung muß sofort durch den Ministerium der gesamten Arbeiterfront beauftragt werden. Deshalb müssen auch die sozialdemokratischen Arbeiter am heutigen Tage mit der übrigen Arbeiterschaft demonstrieren!

Schluß mit der arbeiterfeindlichen Politik der Luther-Regierung!

Für sofortige Hilfe den Erwerbslosen!
Gegen Steuern und Lohnabzug!

Für den Sturz der Luther-Regierung — für die Auflösung des Reichstages!

Schweres Eisenbahn-Unfall auf der Strecke Riea-Esterwerda

(M.) Riea, 22. März. Bei einem Zusammenstoß auf dem Bahnhof in Riea, auf der Strecke Riea-Esterwerda, wurden 3 Personen getötet, 7 schwer und 4 leicht verletzt. Das Unglück ist vermutlich auf falsche Weisenstellung zurückzuführen. Von Riea ist eine Weichen-Landespostzug zur Dillfeldung entsetzt.

Der amtliche Bericht

Von der Reichsbahndirektion Dresden wird zu dem Unfall gemeldet: Am Montagmittag ist der von Gröditz kommende Nachzügler 9266 mit Personen-Belastung infolge eines Zusammenstoßes in der Gasse 10 auf Bahnhofs Weichen in Riea auf dem dortigen Bahnhofs Weichen mit Personen-Belastung von Riea aufgefunden. Hierbei wurden drei Personenzüge des Zuges 9266 ineinandergestoßen. Bei dem Unfall wurden leider drei Personen getötet, sieben schwer und vier leicht verletzt. Die Sanitätsmannschaft des Polizeiarztamts Riea hat die Leichen auf dem dortigen Bahnhofs Weichen in Riea aufgefunden und die Leichen in die erste Hölle. Kurze Zeit nach dem Unfall trafen auch Ärzte aus Gröditz, Glauchitz und Riea mit Sanitätsmannschaften ein. Drei Verletzte fanden Aufnahme in Krankenhäusern, während die übrigen in ihre Wohnungen gebracht wurden. Nach Entlassen des großen Hilfszuges sind die Wunden untersucht worden. Der Bericht wurde nicht gelehrt.

Die Namen der Getöteten

1. Frau Martha Richter aus Nauwalde bei Gröditz; 2. Schulmehrwärter Max Wäke aus Esterwerda; 3. Schüler Heinz Dittmann aus Gröditz; 4. Schmeiermeister Moritz; 5. Sandler Paul Cimich; 6. Leipzig, Lindenau (doppelter Arm und Ellenbogenbruch); 7. Frau Julia Edwig, Nauwalde (schwere Kopfverletzung); 8. Wittenberg, Frieda Wannig, Nauwalde (Oberarmbruch und Rückenverletzung); 9. Kaufmann, Riea; 10. Schmeiermeister bei Gröditz (schwere Kopfverletzung); 11. Karl Hermann, Dillfeldung (Rückenverletzung); 12. Kaufmann Schüler, Wittenberg (Bruch des

linken Oberarms und Kopfverletzung); 13. Reisender Hans Knappe, Dresden (Schmittwunde am Nacken).
Leichtverletzte sind: 1. Alfred Wodag, Esterwerda (Oberarmverletzung); 2. Reisender Otto Jahn, Chemnitz (Verletzung des linken Auges); 3. Arbeiter Arno Eisner, Wittenberg bei Dillfeldung (Verletzung des linken Auges); 4. Kaufmann Wilhelm Böhm, Riea bei Esterwerda (Verletzung des linken Auges).

Die bürgerliche Presse wird wieder wie bisher versuchen, einen einzelnen Beamten dafür verantwortlich zu machen. So haben bereits die „Reisende Neuesten Nachrichten“, daß die „Schuld an dem Unfall einer im Dienst erkrankten Beamten treffen soll“, müssen aber zugeben, daß es sich um einen „sonst äußerst pflichterfüllten“ Beamten handelt.

Wir sind deshalb überzeugt, daß das Unglück in Wirklichkeit verursacht ist durch die unrichtigen „Sparsmaßnahmen“ der Reichsbahngesellschaft, die um ihres Profites willen die Eisenbahn-Arbeiter und Beamten bis auf die letzte Krast ausbeutet.

Bisher 13 1/2 Millionen Unterschriften?

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, sollen bis jetzt 13 1/2 Millionen Unterschriften amtlich gemeldet worden sein. Es stehen aber immer noch Bezirke aus, so daß sich die Zahl der Unterschriften noch erheblich erhöhen dürfte. Dies Resultat stellt die höchsten Erwartungen in den Schatten und ist die beste Garantie für die sichere Durchführung des Volksentscheides. Wir hoffen, morgen das genaue Resultat bringen zu können.

Wahlkreis 11 Halle-Merseburg

Von 884 099 Wahlberechtigten haben sich 309 046 eingetragen. Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 = 302 596 (SPD, USPD).

Der Reichstag und die Erwerbslosen

S. R. An die schlimmsten Tage des Krieges muß man zurückdenken, wenn man nach einem Vergleich mit der Not, in der sich gegenwärtig Millionen deutscher Proletarier befinden. Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, die folgen mahnmüßiger kapitalistischer Wirtschaftspolitik und Produktionsmethoden, haben einen Elendzustand geschaffen, der sich fast nicht beschreiben läßt. Vom Reichstag forderten Delegationen und Gemeindevorstehervereinigungen dringend sofortige Hilfe. Aus Hunderten von Erwerbslosenvereinigungen liefen im Reichstag Entschuldigungen ein, die in den Ruf ausliefen: Helft uns!

Was tat der Reichstag? Keine vier Monate brauchte er, eine lächerlich geringe Erhöhung der Unterstützung zu beschließen. Eine Kurzarbeiterunterstützung wurde eingeführt, von der kaum die Hälfte der Kurzarbeiter erspart werden. Das gewaltige Heer der nichtunterstützten Erwerbslosen blieb seinem Schicksal überlassen. Fast zur gleichen Zeit, da der Reichstag es ablehnte, an alle Erwerbslosen Unterstützung zu zahlen, weil kein Geld vorhanden sei, wurden für die Reichswehr über 600 Millionen Mark bewilligt. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in den vier Wintermonaten den härtesten parlamentarischen Kampf um die Forderungen der Erwerbslosen geführt. Die von den Gegnern angeordnete Beschleppungstatistik wurde von der kommunistischen Reichstagsfraktion immer wieder mit neuen Vorwürfen beanwortet. Auch die gelegentliche Unterstützung, die die Kommunisten nicht ablehnten, immer wieder aufs neue vorzuführen.

Bereits im vorigen Jahre, als die Wirtschaftskrise immer größeren Umfang annahm, lag bei dem Wiedergewinnstreik des Reichstages im November ein Antrag der Kommunisten vor, mit folgenden Forderungen:

1. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent.
2. Unterstützung der Kurzarbeiter aus der Erwerbslosenunterstützung.
3. Beseitigung der Karenzzeit und Unterstützung aller Erwerbslosen.
4. Maßnahmen für die Beschaffung von Arbeit.

Während des wochenlangen Kampfes, der nun in Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages hauptsächlich um die Erhöhung der Unterstützung geführt wurde, leisteten die anderen Parteien ebenfalls ihre Beiträge ein. So forderten die Sozialdemokraten eine Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent, die Demokraten forderten 30 Prozent, das Zentrum hielt eine Erhöhung um 30 Prozent für ausreichend. Schließlich beschloß der Ausschuss, gemäß dem Antrage des Zentrums, die Unterstützung um 30 Prozent zu erhöhen.

Durch den Arbeitsminister ließ Luther sagen, daß er im höchsten Maße 30 Prozent geben wolle, mehr komme keinesfalls in Frage.

Gegenüber diesem Diktat der Reichsregierung fielen die Regierungsparteien sofort um und ließen den Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses, den sie selbst herbeigeführt hatten, fallen. Infolgedessen mußten die Kommunisten den Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses gegen eine weitere Beschleunigung durch die Regierungs- und übrigen Parteien verteidigen. Die so vorgenommene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung war umfänglich eine Verhinderung der Erwerbslosen, als alle anderen Fragen, so die Einbeziehung der nichtunterstützten Erwerbslosen in die Erwerbslosenunterstützung usw. noch nicht einmal beprochen waren. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der die Auszahlung einer Beschleunigungsbetrag an die Erwerbslosen forderte, verfiel ebenfalls der Ablehnung.

Bei dem Wiederbeginn der Sitzungen des Reichstages im Januar 1926 forderten die Kommunisten in einem Antrag vom 11. Januar, die in der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 17. Dezember 1925 festgelegten Unterstützungsätze um weitere 50 Prozent zu erhöhen und die letzten Christfeiern in dem Maße, daß die Ortsklassen a, d und e in Begleit kommen, zu beschließen. Dieser Antrag wurde ebenfalls dem Sozialpolitischen Ausschuss überreicht. Neben den Verhandlungen über die Erhöhung der Unterstützung wurde nunmehr auch über die

Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung

Verhandelt. Die Regierung, die von vornherein gegen Einführung der Kurzarbeiterunterstützung war, beschränkte sich schließlich zu einem Bescheid, der aber eine denartige Ermöglichtung der Kurzarbeiter bedeutet, daß selbst die Regierungsparteien sich gegen diesen Bescheid wandten. Die kommunistische Fraktion verfuhr vor allem, der Regierung die Möglichkeit zu nehmen, die Kurzarbeiterunterstützung auf dem Verordnungsweg einzuführen. Sie brachte deshalb ein Initiativgesetz ein, nach dem die Kurzarbeiter für die ausgefallene Arbeitszeit Kurzarbeiterunterstützung in Höhe der Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhalten sollten, falls die ausfallende Arbeitszeit ein Schicht und mehr der Vollarbeitszeit betrage, wodurch ein Arbeiter, der nur fünf Tage in der Woche arbeite, für den letzten Tag die Kurzarbeiterunterstützung bekommen hätte. Dagegen

brachten die Regierungsparteien einen Antrag ein, nach dem der Kurzarbeiter erst für den dritten ausfallenden Arbeitstag Unterstützung erhält.

Der Höhepunkt des Kampfes um die Erwerbslosenunterstützung wurde bei den Beratungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums erreicht. Vorläufig war für die unterstützende Erwerbslosenunterstützung die Summe von 40 Millionen in den Etat eingelegt, für die produktive Erwerbslosenfürsorge waren 60 Millionen vorgesehen. Selbst der Reichsarbeitsminister mußte zugeben, daß die vorgeschlagenen Summen nicht ausreichen werden. Die kommunizistische Forderung forderte schon bei den Beratungen die Summen in den Etat einzuflechten, die voraussichtlich für die Durchführung einer um 10 Prozent für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 Prozent zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, die höchsten der Erwerbslosenunterstützung in den Ortsklassen a, b und c um 10 Prozent zu erhöhen. Diese erbärmliche Erhöhung der Unterstützungsätze war jedoch der Regierung wieder zu viel. Ultimario forderte sie wiederum eine Revision dieses Beschlusses. Die Regierung und übrigen Reichsparteien kamen den Forderungen der Regierung sofort nach und so wurde der Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses insofern wieder verhängt, daß die verheirateten Erwerbslosen von der Erhöhung der Unterstützung ausgeschlossen wurden, wenn sie nicht schon acht Wochen erwerbslos waren. Abgesehen wurde ferner die vom Sozialpolitischen Ausschuss beschlossene zehnprozentige Erhöhung der Hauptunterstützung. Die ganze Niedertracht zeigt sich aber in einem Beschluß, nach dem die Erhöhung der Unterstützung nur in den Ortsklassen A, B und C Anwendung findet, die Ortsklassen D und E aber davon ausgeschlossen bleiben. Gerade in den größten Notstandsgebieten kommt dadurch eine Erhöhung der Unterstützung nicht in Frage.

Schon jetzt liegen eine ganze Reihe von Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Oberpräsidenten infolge des Beschlusses des Reichstages die Erhöhten Unterstützung für die Ortsklassen D und E nicht zahlen und eine neue Umgruppierung der Ortsklassenverhältnisse vornehmen.

Selbst an der Peripherie Berlins (Königsruferhöfen) wurden Neueinstellungen geschaffen, die es ermöglichen, die Zahlung der erhöhten Erwerbslosenunterstützung zu laborieren. Hier zeigt sich das gescheitete Zusammenstoßen der einzelnen Behörden mit der Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Kampf ist keinesfalls beendet. Mit neuen Anträgen wird die kommunizistische Reichstagsfraktion in den nächsten Tagen den Kampf wieder aufnehmen und ihrerseits alles tun, um den Erwerbslosen im Kampf um ihre Existenz zu helfen.

Der kommende Kampf kann aber nur dann einen Erfolg haben, wenn es die Arbeiterklasse versteht, die in ihrer Geschlossenheit liegende Macht außerhalb des Parlamentes in die Waagschale zu werfen. Darum muß der

Reichserwerbslosentag ein Massenaufruf werden. Gemeinsam müssen die Erwerbslosen mit den Arbeitern in den Betrieben heute am 23. März demonstrieren

Für die Forderungen der Erwerbslosen!
Gegen Stilllegungen!
Gegen die Unternehmeroffensive!
Gegen die Luther-Regierung!

Die Lohnabbauoffensive soll fortgesetzt werden
Die Baugewaltigen fordern mehr als 20 Prozent Lohnabbau

Die für gestern anberaumten neuen Tarifverhandlungen im Baugewerbe sind gescheitert. Die Unternehmerverbände fordern eine Herabsetzung der Löhne in den verschiedenen Berufen entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen um 17 bis 26 Prozent. Im Industriegebiet wollten die Unternehmer den Facharbeitern 87 Prozent, fast bis zu 110 Prozent geben. Die Gewerkschaften forderten dagegen eine Lohnherabsetzung von durchschnittlich 15 Prozent auf 1,25 Prozent die Stunde und für die Facharbeiter. Verhandlungen sind zwischen dem 29. und 31. März das Zentralratsgericht in Berlin sich mit dem Lohnstreit befaßen.

Zehnpromzentiger Lohnabbau in der Metallindustrie?

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat in den letzten mit dem Metallartikel feststehenden Verhandlungen anlässlich der Kündigung des Tarifvertrages für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen einen 10prozentigen Lohnabbau verlangt und die Aufrechterhaltung des Mindestlohntages für unzulässig erklärt. Der „Vorwärts“ fordert dazu, daß die Arbeiter die Front schließen und ihre Organisationskraft für den Kampf um den zehnpromzentigen Kampfbund den Versuch der Metallindustriellen abzuwehren.

Der Sozialdemokrat Lübbert verbietet Erwerbslosendemonstrationen

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Lübbert hat die für den 23. März angelegten Demonstrationen der Erwerbslosen und den Reichserwerbslosentag in Berlin verboten. Lübbert hat auch eine Kundgebung für die Märzgewaltigen. Lübbert hat die Front geschlossen und ihre Organisationskraft für den Kampf um den zehnpromzentigen Kampfbund den Versuch der Metallindustriellen abzuwehren.

Ein englisch-polnisches Geheimabkommen gegen Sowjet-Rußland?

Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet aus Warschau: In politischen Kreisen spricht man von geheimnisvollen Abmachungen, die während der Genfer Völkerbundtagung zwischen Chamberlain und Strakosky getroffen worden seien. Chamberlains Redefreude habe einen Vorschlag auf die Notwendigkeit eines festen Brevets für Polen hingewiesen. Anschließend hätten diese Abmachungen bereits gemacht. Während der Beratung des Sejmatschulles für Budgetfragen sei beschlossen, daß im Hausstab des Kriegsministeriums keine Entscheidungen vorgenommen werden sollen. Die Abmachung des Ministerpräsidenten Strakosky wurden außerdem die notwendigen wirtschaftlichen Verhandlungen, die Mitte März in Moskau beginnen sollten, plötzlich auf unbestimmte Zeit vertagt. Aus dieser Meldung bürgerlicher Zeitungen geht hervor, daß man trotz der großen Rhetorik in Genf doch noch genügend Zeit gefunden hat, neue Kompakte gegen Sowjet-Rußland zu schmieden. Die 2. Internationale aber ist — für den Völkerbund.

Die Front des Reichsbanners gegen Hindenburg bildet sich

Eine Reiseveranstaltung der Reichsbanneropposition in Berlin

(Eig. Drahtf.) Berlin, 23. März. Gestern Abend fand eine öffentliche Versammlung statt, die von den durch Teilnahme an der Beerdigung des ermordeten Frontkämpfers Krieger aus dem Reichsbanner Ausschlußverfahren einberufen war. Über 2000 Reichsbannerkameraden, Sozialdemokraten und KPD, sprach der seit 34 Jahren in der SPD organisierte Hermann Reinwein und der Reichsbannerkamerad Pfeifer gegen die reaktionäre Führung des Reichsbanners. Dr. Kolleritz als inoffizieller Vertreter der Gauleitung erklärte, der sozialdemokratische Politik im Gegensatz zur allgemeinen republikanischen in das Reichsbanner hineintrifft, gehört nicht hinein. Für den Notwendigkeit des Kampfes sprach Schreiner. Eine Resolution zur Wiederaufnahme der Ausschlußverfahren und für eine proletarische Politik der Reichsbannerleitung wurde angenommen.

Was sagt das Reichsbanner dazu?

Kranzüberlegung des Reichspräsidenten am Denkmal des alten Kaisers

(Tel.) Bonn, 22. März. Der Reichspräsident hat heute, begleitet von seinem Sohn, Major von Hindenburg, außerhalb des offiziellen Programms in Bonn am Denkmal des alten Kaisers, dessen Geburtstag heute gefeiert wird, einen Kranz niedergelegt. Wahrscheinlich, „unter Reichspräsident hat ein guter Republikaner. Quersicht ist sich in Köln vom Reichsbanner Später stellen, um dann zu zeigen, daß er ein treuer Konradist ist.

Der sächsische Landtag wird nicht aufgelöst

Der Streit um die Landtagsauflösung in Sachsen geht weiter, aber die Aussichten der Auflösung sind gleich Null. Aus der Montagnummer der „Leipziger Neueste Nachrichten“, dem „Sachsenblatt“ und dem „Sächsischen Volksboten“ geht hervor, daß die Einberufung der sächsischen SPD stattgefunden hat, in welcher die Listen mitteilen, in der nächsten Landtagsauflösung einen sofortigen Auflösungsantrag stellen zu wollen. Die 23, die dort fast vollständig vertreten waren, lasen die Listen aus und erklärten unerschützt,

Die erwerbslose Jugend muß heute mildemonstrieren!

Am 23. März werden in allen Städten Deutschlands die Erwerbslosen für ihre berechtigten Forderungen demonstrieren. Und die jugendlichen Erwerbslosen müssen Forderungen aufstellen und dafür kämpfen. Viele Spießer werden sich darüber empören und erklären, die Jugendlichen müssen in erster Linie erst erzogen werden. Wenn man ihnen Gedulde geben würde, würden sie dieses ja doch nur unruhig verschwinden.

Wohl sammeln hier und da ein paar bürgerliche Zeitungen über die Not der erwerbslosen Jugend. Wohl treten in einzelnen Städten Ausschüsse für Jugendpflege und Wohlfahrt usw. zusammen, um in nachlässigen Resolutionen und Anfragen zu erklären, daß die Not der erwerbslosen Jugend sehr groß sei, daß doch man im Interesse des ganzen Volkes diese jungen Menschen vor den Gefahren der Straße“ demohnen muß. Geben wir aber auf den Grund der Sache, so sieht die Wirklichkeit ganz anders aus.

Der jugendliche Erwerbslose ist berentet, der von allen Forderungen an den Staat abgesehen, bekommt er ein monatliches Erwerblosengeld von 2 bis 3 Mark. In einzelnen Städten nur Unterstützung, wenn sie bewiesen können, daß weder Vater noch Mutter oder sonst ein Familienmitglied Unterstützung bezieht und keine Arbeit hat. Jugendliche von 14 Jahren sind von der Erwerbslosenunterstützung völlig ausgeschlossen.

Alle Anträge, diese Einschränkung zu beseitigen, wurden von den Bürgerlichen abgelehnt. Selbst der verdienstlose Kleinbürger wird zugeben müssen, daß ein junger Mensch in seinen Entwicklungsjahren ebenfalls, als ein Erwachsener über 21 Jahren, eine Unterstützung braucht, als ein Erwachsener über 21 Jahren, eine Unterstützung wird natürlich der erwachsene Arbeiterschaft, so weit es sich um Eltern handelt, die Erziehung der Jugendlichen anvertraut. Wenn wir Forderungen für Jugendliche aufstellen, so handelt es sich keinesfalls darum, „besondere Wünsche“ oder „Grazie“ an die Jugend zu verlangen, sondern es kommt darauf an, daß die Unterstützung der jugendlichen Erwerbslosen eine Leistung ist für die erwachsene Arbeiterschaft bedeutet.

In einzelnen Kommunen oder Städten, wie z. B. in Düsseldorf, hat man sogenannte Arbeits- oder Wohlfühlstellen eingerichtet. Hier werden die jugendlichen Erwerbslosen mit Arbeitsstellen beschäftigt. Sie erhalten für eine wöchentliche Arbeitszeit von 20 bis 25 Stunden ganze 7 Mark. Für täglich verarbeitete Metallgegenstände wird 90 Pf. pro Tag abgezogen, so daß ein Lohn von rund 2,50 Mark, die ganze Wochenentlohnung für 35 Stunden Erwerblosentätigkeit, billiger kann die Stadt ihre Arbeiter nicht herstellen.

Man könnte noch viel mehr Beispiele anführen, um ganz deutlich in Erscheinung tritt, daß man die jugendlichen Erwerbslosen durch grenzenlose Ausbeutung und ideologische Verarbeitung in den Fortbildungsschulen zu Streikbrechern und Lohnräubern heranzuziehen will.

In Düsseldorf fand kürzlich eine Konferenz der Arbeitsämter des ganzen Reiches statt. Hier beschloß man sich mit der Frage, inwiefern die Not der jugendlichen Erwerbslosen dadurch herabgemindert werden kann, daß größere Teile für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es wurde ganz offen ausgesprochen, daß natürlich eine vollständige Ausweitung der Erwerbslosen vorgenommen werden müßte. Der Plan der Arbeitsämter ist sehr deutlich. Die jugendlichen Erwerbslosen sollen für die Jantur den billigen Ertrag für die früher aus Polen und Galizien eingewanderten Landarbeiter bilden. Hier ist es Aufgabe der organisierten Landarbeiterschaft, darüber zu wachen, in welchem Maße und unter welchen Bedingungen diese jugendlichen Erwerbslosen an die Großstädte für die Landwirtschaft verwendet werden. Auf keinen Fall dürfen die jugendlichen Erwerbslosen Lohnräuber gegenüber den erwachsenen Arbeitern in der Landwirtschaft werden.

Es ist also dringend notwendig, daß am 23. März bei den Erwerbslosendemonstrationen die Forderungen der jugendlichen Erwerbslosen als Forderungen der Gesamtarbeiterschaft erhoben werden müssen. Denn nur der gemeinsame Kampf der gesamten Arbeiterschaft kann diese Forderungen verwirklichen.

Jugendliche, die ihr Erwerblosenseld oder in den Betrieben Arbeit, in Massen heraus zu heutigen Demonstrationen. Kampf für: Schaffung von tarifmäßig besetzter Arbeit für alle Erwerbslosen, sofortige Beschäftigung aller erwerbslosen Jugendlichen in staatlichen Lehrwerkstätten. Für Zahlung der für die über 21-jährigen Unterhaltungslosen an alle jugendlichen Erwerbslosen und hierzu notwendigen Gelder aus Mitteln der Wohlfühlfürsorge. Für Unterstützung aller Jugendlichen, auch, soweit unterhaltspflichtige Familienmitglieder vorhanden sind. Kampf gegen die Arbeitslosenverweigerungsgeetze, insbesondere der § 48, der den Ausbau des Gesetzes zu einer Arbeitsdienstpflicht zucht.

daß keiner von ihnen daran dachte, seine Stimme zur Aufhebung des Landtags zu geben. Sie wurden im Gegenteil gegen den Auflösungsantrag stimmten.

In der Kammer vom 22. März leitete die „Leipziger Volkszeitung“ unter der Überschrift: „Kampf mit diesem Landtag“. Sie schloß sich mit dem Satz: „Wird die Auflösung beschlossen, dann werden wir innerhalb 60 Tagen Landtagsauflösung haben, wird sie abgelehnt, dann hat die Sozialdemokratische Partei vor der gesamten Öffentlichkeit und im besonderen vor dem Proletariat erneut bargen, daß sie für die Laien dieses Landtages und dieser Regierung keinerlei Verantwortung trägt.“

Dieser Satz beweist deutlich — und es besteht kein Zweifel darüber, daß besonders nach dieser Erklärung der „Leipziger Volkszeitung“ die 23 Reden nicht anders handeln werden als es bis her getan haben —, daß die linken sozialdemokratischen Führer nicht daran denken, auch nur einen Finger zu rühren, wenn der Auflösung mit Hilfe der 23 Reden durchgeführt. Die „Leipziger Volkszeitung“ und ihre Trabanten sprechen sich nicht von der Verantwortung frei für das, was geschehen ist und geschieht, wenn sie sich — schließen legen, den linken Gott einen guten Mann sein lassen, anstatt für die Landtagsauflösung zu kämpfen. Was die linken Führer durch ihre Passivität verfaulen, müssen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter durch einen gemeinsamen Kampf erzwingen.

Satirenzettelblätter als Organe der 23 Rechten

„Das Zentralorgan der 23“

Die „Dresdener Volkszeitung“ (19. März) schreibt unter der Überschrift: „Das Zentralorgan der 23“: „Im „Dresdener Anzeiger“ (ein bürgerliches Blatt, D. Red.) erscheinen jetzt fünf täglich erscheinende, die sich auf Sorgen innerhalb der sozialdemokratischen Partei und zum Teil innerhalb der sozialdemokratischen Fraktionen beziehen. Wir denken gar nicht daran, uns mit dem Anzeiger über Parteifragen auseinanderzusetzen. Es verdient nur die Tatsache festgehalten zu werden, daß Angehörige der 23 fortgesetzt der bürgerlichen Presse Informationen über Parteingelegenheiten liefern, und zwar auch aus den Verhandlungen der Fraktion, die als vertraulich zu gelten haben.“

Bemerkenswert ist dabei, daß nur kurzem ein Fraktionsmitglied die ihmerten Vorwürfe gemacht wurden, weil es in einer Parteiverammlung über Vorgänge in der Fraktion berichtet hätte. Aber man geniert sich nicht, bürgerlichen Journalisten Material über die Fraktionskämpfe zu liefern. Dieses handlungsreiche Verhalten zeigt, wie sehr gemehrt werden jedes Gewinns für die einfachen parteigenösslichen Mitglieder vorzuzugewogen ist.

„Der Lump“ — und die Lumpen

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom Montag, dem 22. März, schreibt unter der Überschrift: „Die Organe der 23“: In Dresden gehört zu den Organen der 23 der „Anzeiger“, in Leipzig das „Sachsenblatt“, die „Leipziger Neueste Nachrichten“. Am Sonntag bestreiten diese Blätter mit Freidrud auf der ersten Seite, daß am gleichen Tag in Dresden eine Fraktionsauflösung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zur Auflösung des Landtages Stellung nehmen werden. Am Montag ist die bürgerliche Presse mit der Lage, über die sozialdemokratische Landtagsfraktion eingehend zu berichten. Natürlich sind in diesen Berichten Unrichtigkeiten — aber wohl mehr absichtlich. Der Lump, der diese ehrenwerten Professorengänge über die internen Parteivorgänge unterrichtet, wird ja wohl wissen, warum er durch hochwürdige Angaben die Spuren seiner Unpuncte verzwirnen sollte. Es ist die bürgerliche Presse, die in den eigenen Reihen „Lump“ ist, die in dieser 23 Rechten. Warum aber die „Leipziger Volkszeitung“ nur von einem Lumpen spricht und nicht von 23 Lumpen, ist höchst unlogisch.

Klassenjustiz als Kampfmittel innerhalb der sächsischen SPD.

Das Drucker und Drucker in der sächsischen SPD, nimmt immer groteskere Formen an. Als neueste Methode überschimmern sie alle linken sozialdemokratischen Zeitungen, die sich gegen ihr arbeitsrechtliches Verbrechen wenden mit „Beschäftigten“ auf Grund des Pressegesetzes. Gegen diejenigen Zeitungen, die sich an dieser Vorfälle nicht beteiligen wollen, planen die 23 mit Hilfe der Klagenjustiz vorzugehen, um sie zur Aufnahme der „Beschäftigten“ zu zwingen. Ebenso ist die bürgerliche Presse angegangen worden, ihren Raum für den Kampf der 23 gegen die linke SPD, zur Verfügung zu stellen.

Es hängt lediglich von der ruhigen und sachlichen Arbeit unserer Genossen ab, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen zusammen mit der SPD, nicht nur gegen die Rechten zehen und immer noch über diese 23 Reden und über den Reichspräsidentenstand die Forderungen vorbringen, sondern wirklich kämpfen. Wir sind der Klagenjustiz gegenüber, die der Rechten nicht mehr fern liegt, wo dies in bestem Maße in Erscheinung treten wird. Das aber ist das Ende der 23 Rechten und die Voraussetzung dafür, eine wirkliche Klassenpolitik zu treiben.

Der Völkerbund gekheitert

„Der Kapitalismus überhaupt muß beseitigt werden“

Zum Ausgang der Völkerbundtagung in Genf schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ vor wenigen Tagen: „Der Völkerbund hat eine Niederlage erlitten. Wer wollte das bezweifeln? Dessen Bild hat die Hauptphase in erster Linie bemerkt und alle höchsten Reden, die während der Schlußsitzung im Völkerbund gehalten wurden, lauschten über die Tatsache nicht hinweg, daß der Völkerbund an dem ersten großen politischen Problem, das ihm zur Lösung gestellt wurde, gescheitert ist... Der Völkerbundgedanke wird diskreditiert, wenn die führenden Mächte Völkerbundspolitik nur treiben, etwa im Sinne des Reichsführers Michailis, nämlich so, wie ich es auffasse!... Dadurch ersten Gegenüber, die, wie die letzten Tage zeigten, unüberwindlich sind. Die „Adamsnützlichkeit“ entstand eben nur, weil Briand und auch Chamberlain glaubten, trotz der laubungsollen Worte, die in Locarno gewechselt worden waren, ihre Politik der Völkerbundpolitik zu können. Daran ist die letzte Legung gescheitert... Der Völkerbundgedanke ist in seiner letzten Konsequenz nur zu verwirklichen, d. h. der Friede der Völker wird nur garantiert, wenn die Triebkräfte des Reiches unterbunden, wenn dem Imperialismus des Finanzkapitals Befehl angelegt werden, wenn es den gemeinsamen Kampf des internationalen Proletariats gegen den Kapitalismus überhaupt zu befehlen... Das aber ist der Kampf gegen das Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, woraus sich ergibt, daß die Existenzbedingungen des Völkerbundes von dem fortgeschrittenen Einfluß der Arbeiterschaft in allen Ländern abhängig sind.“

Die ständige Konferenz aus diesem richtigen Gedanken und Worten ist der Sturz der Luther-Regierung, Auflösung des Reichstages und die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Ämliche Wahlergebnisse des Volksbegehrens

Wähler	Wähler	Eingetragene
Wahlkreis 6: Sömmeren	1186 758	205 530
Wahlkreis 9: Duppeln	786 625	147 830
Wahlkreis 12: Fähringen	1400 323	162 220
Wahlkreis 21: Robben-Zies	739 310	119 056
Wahlkreis 30: Chemnitz-Zwickau	1183 663	577 165
Wahlkreis 31: Württemberg	1616 076	480 032
Wahlkreis 33: Sellen-Darmstadt	851 373	235 762

Demnach ist uns aus 16 Wahlkreisen (von insgesamt 35 Wahlkreisen) bereits ein Ergebnis von 6809 788 Eingetragenen gemeldet.

Der Kontrast der Locarno-Illusionen

Völkerbundesdebatte im Reichstag

Mit gedämpfter Trommelklang, trüb und trübselig, begann am Montag im Reichstag die Aussprache über die Genfer Ereignisse, durch die die hochgeputzten imperialistischen Erwartungen der deutschen Bourgeoisie einen so lächerlichen Kontrast und die mit allen Mitteln gegenüber dem Proletariat gezügelten Friedenshoffnungen einen so beispiellosen Zusammenbruch erlitten haben.

Stresemann

begann den Reden mit einer anderthalbstündigen Rechtfertigungsrede. Mit weiserhaftiger Fertigkeit, Worten auf Worten haufend und dabei nichts sagend, versuchte er von den zerrütteten Illusionen (welche als möglich zu reiten, wobei er den Tannenberg durch das ihm sein englischer Herr und Meiner so schamlos im Stich gelassen hat, freilich nicht ganz zu unterbinden vermochte. Er schilderte die Phasen des Weges Deutschlands zum Völkerbunde: auf englischen Wunsch nach der Londoner Konferenz von 1924 Deutschland grundsätzlich keine Verantwortung zum Völkerbunde eintritt erklärte, und wie die Abmachungen von Locarno seinen Eintritt zur Bedingung gemacht haben. Aus dem Locarno-Pakt sei die Pflicht der Partner Deutschlands entstanden, alles zu tun, um Deutschlands Zugehörigkeit zum Völkerbunde zu ermöglichen. Um so „bestimmter“ sei es, daß die Tendenzen zur Resignation des Völkerbundesrats gleichgültig aufgetaucht seien. Am härtesten sei der Überland gegen diese Tendenzen in der öffentlichen Meinung Englands selbst gewesen, und England habe alles getan, um die Aufnahme Deutschlands zu erzwingen. Als die deutschen Vertreter in Genf erklärt hätten, daß sie nicht jetzt schon eine Vernehmung der Ratshilfe nach durch andere Staaten zulassen könnten, habe sich England nach einmal bereit erklärt, gegen Spanien, Brasilien, Polen und für Deutschland zu stimmen. Trotzdem sei infolge der bekannten Haltung Brasiliens der „echte“ gekommen. Der Ausgang der Verhandlungen sei nach den verschiedensten Rückschlüssen hin hin zu demselben (1). Die Bestimmung des Völkerbundes sei eine Vereinerung zur Vereinerung aller humanitären Geister (2) habe die allerhöchste Reaktion erfahren dadurch, daß sich deutlich zeigte, wie hart und brutal das

„Eigeninteresse der einzelnen Staaten“ geltend machte.

Trotzdem sei die deutsche Regierung bestrebt gewesen, daß der Locarno-Vertrag weiter in Geltung bleibe.

Die wirtschaftlichen Erschütterungen nach dem Kriege hätten alle europäischen Staaten in ein Chaos gebracht, dessen Überwindung nur gemeinsam möglich sei. Die Regierung habe dieses Ziel für richtig und in der Bahn der begonnenen Politik unumstößlich fortzuführen.

Nach Stresemann hätte, wie üblich bei Rednern der Sozialdemokratischen Partei der Wort ergießen sollen. Tage vorher war schon Dr. Weizsäcker als Redner angekündigt worden. Auffallenderweise zog er während der Rede angedeutet worden. Auffallenderweise wurde die Friedensmöglichkeiten des Vertreters der deutschen Schwerindustrie wieder aufheben zu nach dem Vernein der SPD, daß sie selbst nichts mehr zu tun übrig bleibt.

Für die Deutschnationalen münzte Herr Weizsäcker wieder einmal ein wenig Apollonien. Er gab indeed, wenn auch verneint, zu, daß die deutsche Regierung die Ermächtigung zum Völkerbunde eintritt habe, was mit der bisherigen deutschnationalen Auffassung, daß eine Annullationsentscheidung notwendig sei, in schroffem Widerspruch liegt.

Gegen die Einheitsfront mit den Imperialisten aller Länder — das internationale Kampfbandnis der Arbeiterklasse!

Für die kommunistische Fraktion sprach dann

Genosse Stoeker:

Still und heimlich, leise und verflücht, hat Luther und Stresemann aus Genf zurückgebracht, ganz anders, als sie vor drei Wochen voller Illusionen fortgegangen sind. Sie haben eine beispiellose Niederlage erlitten, trotzdem hat es Stresemann glänzend verstanden, seinen Ruf, daß er jeder Lage gewachsen ist, zu bewahren und die Niederlage in einen „Stieg“ umzuwandeln.

Der drei Wochen wurde verflücht, daß die Aera des Friedens für Europa angebrochen ist. Die Welt wurde, so frohlockte man, als gleichberechtigte Mächtig in den Völkerbund aufgenommen, alle anderen Ansprüche würden abgeteilt, als Folgen des „Geistes von Locarno“ würde das ganze Weltgebiet geräumt, ein neuer Geist würde ins Geistesleben einziehen, mit Hilfe Chamberlains würden die Ozeanen „gereinigt“ werden, für die „europäische Sprache“, in der man in Genf miteinander sprechen wollte, sollte alle Schwierigkeiten überwinden.

Es ist ganz anders gekommen! Den Erfolg seiner Politik hat Stresemann mit dem französischen Wort „echec“ umschrieben. Die

allgemein verständliche deutsche Bezeichnung „Friede“ wäre richtiger gewesen. Alle Hoffnungen und Erwartungen sind in Genf zerplatzt wie Seifenblasen.

Der „Geist von Locarno“ hat sich als ein großer Schwindel und Betrug erwiesen.

Die Abwendung von Sowjet-Rußland und vom Vertrag von Rapallo, das Schließen des Artikels 16, das Angebot Deutschlands, sich als Kriegsverstöße gegen Sowjet-Rußland abzugeben zu lassen, die Zustimmung Stresemanns zur Bergemaligung der Türkei durch England in der Wallstraße — alles das hat nicht verhindern können, daß Chamberlain Deutschland schamlos im Stich ließ. Die Vorgänge in Genf haben den völligen Zusammenbruch der Völkerbundsdebatte erwiesen. Der Völkerbund hat sich offen als das gezeigt, was er immer gewesen ist, als ein

Schauplatz der imperialistischen Machtpolitik.

In voller Macht sind die Gegenkräfte aufeinandergeplatzt, die sich aus der Verschönerung der europäischen Machtverhältnisse in der letzten Zeit ergeben. Stresemann hat diese Aufgabe verheimlichen wollen. Wie die Welt darüber denkt, dem sei zum Beispiel der Bericht des englischen Volksgenossen in London und Völkerbundsdeputierten Houghton an Coolidge, in dem es heißt:

„Keine der europäischen Regierungen denkt ernstlich an die Inangriffnahme der Währungsreform, keine läßt sich von der deutschen Besessenen leiten, nirgends ist ein ernstlicher Absichtswille vorhanden, weil unter den europäischen Mächten bittere Gegenströmung und Unanimität herrscht und jede nach wie vor trotz Locarno nur auf eine Steigerung ihrer militärischen Machtstellung bedacht ist. Neue Bündnisse werden nicht geschlossen, sondern nur alte erneuert.“

Der amerikanische Senator Green hat also schon recht, wenn er den Völkerbund als eine

„verbrecherische Verschwörung gegen die Freiheit der Nationen“

bezeichnet. Als ob George hat sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen, und die italienische Presse hätte ebenfalls über die passifistischen Absichten von Genf und bekannt offen, daß Italien nur aus Zweckmäßigkeitsgründen im Völkerbunde verbleibe.

Nur die sozialdemokratische Presse will nicht die wahren Gründe des Scheiterns von Genf angeben. Der Spezialist für Außenpolitik der SPD, Brelvi, bringt es fertig, in einem Artikel in „Sozialistische Welt“, als sei der Konflikt von Genf nur deshalb erfolgt, weil ein „höherer Zweck“ ein Steigen in das Adremergebiet herbeiführte, nachdem die großen Feindschilde bereits aus dem Wege geräumt waren.

Wicht der „höherer Zweck“ besteht in dem Scheitern der Friedenshoffnungen in Genf zuruckzuführen.

Der Konflikt des Völkerbundes beruht auf den imperialistischen Gegensätzen, den kapitalistischen Grundlagen der Außenpolitik der Völkerbundsmitglieder.

Die Kräfteverhältnisse zwischen Frankreich und England, das starke Vorneutreten des italienischen Imperialismus spiegeln sich in den letzten Ereignissen wider. Den entscheidenden Schlag, der zum Zusammenbruch der Genfer Tagung geführt hat, hat der Völkerbund aber infolge des

Gegenjages zwischen England und den Vereinigten Staaten

erhalten. So sehr die amerikanischen Kapitalisten in Locarno bemerkt waren, eine Konfliktvermeidung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa herbeizuführen — natürlich nur im Interesse ihrer Profitpolitik —, so sehr verzögerten sie mit Maßnahmen den Machtzuwachs Englands, der durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ermöglichte sollte. Diese Maßnahmen hat Genf zum Vorschein gebracht.

Der Kampf um die Völkerbundsdebatte ist ein Kampf um die Machtverteilung in diesem Räuberband. Er zeigt wiederum mit aller Deutlichkeit, daß der Völkerbund völlig machtlos, wertlos und nutzlos ist, um den Frieden herbeizuführen, und daß er bei einem ersten Zusammenstoß der imperialistischen Gegensätze vollkommen zerfallen kann. Der Kampf zeigt aber auch, daß der Völkerbund ein sehr gefährliches Machtmittel in der Hand der Großmächte gegen die kleinen Staaten, die unterdrückten Völker des Ostens und gegen Sowjet-Rußland ist.

Aus allen diesen Gründen wäre es für die Arbeiterklasse erforderlich, gegen diesen Völkerbund die allerhöchste Kampfkampfung einzunehmen. Aber während die ganze Welt darüber läßt, daß in Genf alle Mächte nur ihre Gewaltsziele verfolgten, stellt die deutsche Sozialdemokratie die deutschen Delegierten Luther und Stresemann als wahre Friedensengel hin, welchen Luther, der durch seine Vorkämpflichkeit des Sozialismus und Steuerlandes, durch sein Bündnis mit den

Deutschnationalen seine arbeiterfeindliche Haltung deutlich genug bewies, hat, denselben Stresemann, der seit 1916 noch halb Europa geschuldet war. Auch Luther und Stresemann gingen nur nach Genf, um dort

imperialistische Machtpolitik im Interesse der deutschen Kapitalistenklasse

zu-treiben. Sie wollen in den Völkerbund eintreten, weil sie glauben, im Völkerbund eine bessere Entwicklungsmöglichkeit für den deutschen Kapitalismus als außerhalb zu finden. Im Grunde denken Luther und Stresemann über den Völkerbund genau so wie die übrigen imperialistischen Räuber, wie Coolidge oder Mussolini.

Wenn die Deutschnationalen gegen diese Politik Opposition machen, so betreiben sie nur wie üblich Bauerntäuschung der schillmernden Art. Die Oppositionsreden Weizsäckers sind lächerlich, wenn festhält, daß ohne den Willen der Deutschnationalen weder Locarno noch Genf möglich gewesen wären.

Wenn die kommunistische Partei Luther und Stresemann mit erbitterter Feindschaft bekämpft, so stellt sie der deutschnationalen Kriegs- und Abenteuerpolitik mit Tobekindigkeit gegenüber.

Die arbeitenden Massen Deutschlands wissen, daß der Weg zur nationalen und sozialen Freiheit Deutschlands nicht der Weg imperialistischer Konflikte sein kann, sondern nur

der Weg des internationalen Klassenkampfes.

Trotzdem ihr die Gründe der kommunistischen Ablehnung der Locarno-Politik und die Lohndemokratie der kommunistischen gegenüber den deutschnationalen Vätern bekannt ist, fährt die lokale demokratische Presse fort, über kommunistisch-deutschnationale Einheitsfront zu lägen. In Wahrheit steht die sozialdemokratische Politik, die sich bei hundert Abstimmungen im Reichstag erwiesen hat, der deutschnationalen bedeutend näher. Die pseudo-sozialistischen Phrasen der Sozialdemokratie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß

in allen Ländern eine Einheitsfront der Sozialisten mit den kapitalistischen Mächten

besteht, daß sie in jedem Lande die Politik ihrer eigenen Imperialisten unterstützen und daß die französischen und englischen Sozialisten den Schlägern Briand und Chamberlain genau so das Vertrauen aussprechen, wie ihre deutschen Kollegen Luther, Stresemann und Geiler.

Die Kommunisten wollen die Einheitsfront der Arbeiterklasse, nach der deutschnationalen Politik, nicht auf einmal so schnell. Aber dann müssen die Sozialdemokraten schon die Einheitsfront mit Luther aufgeben. Ein Doppelspiel ist nicht möglich.

Einzelne sozialdemokratische Blätter haben den imperialistischen Charakter des Völkerbundes richtig gekennzeichnet, aber sie haben daraus nicht die richtigen Konsequenzen gezogen und die Ansicht vertreten, daß die „Börse“ des Völkerbundes ein Werkzeug sein, das die Arbeiterklasse in die Hände der Kapitalisten führt. Die Arbeiterklasse hat die Arbeiterklasse, die hat der Kampf gezeigt, die sich verabschieden in Genf anwendenden sozialistischen Mächte gegeneinander im Auftrag ihrer Herren geführt haben.

Wir Kommunisten sagen: Der Völkerbund ist eine Organisation der kapitalistischen Klasse, eine Organisation, die für den Frieden nichts nützt und wertlos ist, in der Arbeiterklasse nur Illusionen nützt, die sie vom wirklichen Klassenkampf abhalten und außerdem ein gefährliches Instrument gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt darstellt. Nicht Mitarbeit mit der Bourgeoisie, sondern radikalster Kampf gegen den Räuberband muß die Lösung der Arbeiterklasse sein.

Die Arbeiterklasse hat einen Ausweg: Stärkung der internationalen, proletarischen Klassenfront, Sammlung der Arbeiter aller Länder in einer Kampfgemeinschaft gegen die Bourgeoisie, Streikführung der Gewerkschaftsvereine und Bündnis mit dem ersten proletarischen Klassenhaat der Welt. Die Arbeiterklasse hat die Einheitsfront mit den imperialistischen Mächten der 2. Internationale.

Nicht von den Massenführern Briand und Chamberlain, nicht von Mussolini, Luther und Stresemann wird der Weltfrieden kommen, sondern nur durch den Klassenkampf des internationalen Proletariats. Die Arbeiterklasse kommt, wenn die internationale Einheit hergestellt wird, auch heute schon reale Machtpolitik treiben. Sie kann noch nicht den Völkerbunden lösen. Aber bei einer einheitlichen Klassenpolitik können auch heute schon Erfolge erzielt werden. Darum: Nicht hinein in den kapitalistischen Räuberband, sondern heraus aus diesem Machorgan der Kapitalisten, hinein in die einheitliche Front des internationalen Proletariats!

Der Weltfrieden wird erst kommen, wenn die Kapitalistenklasse niedergeworfen ist.

Die Rebellion

Roman von Joseph Roth

Copyright 1924 by Verlag Die Schmiede, Berlin

Jeden Morgen gingen die Insassen dieses Hauses im Hof spazieren. Der Hof war dicht gepflastert, von kleinen Fingerringen war der Boden bedeckt und man sah kein Stäbchen Staub, kein Stäubchen Erde. Ein großes Ereignis war eine Sonne, die oft im Hof erschien. Sundertiermündig strahlte wallen, einer hinter dem anderen, mit gelben Köpfen immer in der Richtung von rechts nach links, immer die vier Wände entlang. An der Spitze gingen die weisbraun gestreiften Henne und der Aufseher, der ein Knochentischchen in der Hand schwang und einen Revolver an der Hüfte trug. Im linken Armel hatten die Gefangenen ihre schwarze Nummer. Der Zug begann mit eins und endete mit einhundertvierundfünfzig. Normal gingen sie das Quadrat des Hofes ab. Dann war die Stunde um, sie sprachen nicht miteinander. Sie lagen schlaflos nach der Sonne. Einer lächelte manchmal. Der dreihundertste war Andreas Bum.

Einmal erblühte er im Hof ein Stäubchen Zeitungspapier. Der Aufseher sah gerade in die entgegengelegte Richtung. Andreas hob es auf und betrachtete es. Er war jetzt neugierig. Es war, als würde in seiner Seele ein Mensch erscheinen, um mit ihm zu sprechen. Vielleicht, ja, wahrscheinlich enthielt dieses Stäubchen Papier eine lustige oder eine merkwürdige Geschichte. Er zerriss es und hielt es zwischen zwei Fingern. So konnte er vorzitrillmäßig die Hände an der Holenackel halten. Der Regen erlöschte ihm lang, die Hände unendlich, der Hof grauenhaft genadelt. Endlich erlöschte der Blick des Aufsehers. Andreas kam in die Zelle und wartete, bis sich seine Augen an die Dunkelheit gewöhnten. Dann entfaltete er das Papier, riefte die Bant zum Fenster und legte sich. Er las:

„Personalien.“

Als Verlobte empfehlen sich Fräulein Elisabeth Waldeck, die Tochter von Herr Georg Waldeck und Dr. med. Edwin Kronprinz, Fräulein Hildegard Goldschmidt und Dr. jur. Siegfried Türkel, Fräulein Erna Walter und Herr Willi Reizenbaum. Der Bankdirektor Willibald Romoloff und Frau Martha Maria, geb. Jabit, zeigen hochachtungsvoll die Geburt eines Sohnes an. Frau Hedwig Kallischer, geb. Goldberger, betrauert das Hinscheiden ihres Gatten

Geopold Kallischer, Mitinhaber der Firma König, Schrumm & Kallischer, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gemeinshaft der Chemikalienhändler A.G., der nach schwerem Leiden im 62. Lebensjahre gestorben ist. Herr Johann Koch zeigt das Verbleiben seiner Gattin Frau Helene Koch an. Bergwerksdirektor Bergmeister Harald Krenth gibt Nachricht von dem Tode seines Vaters Siegmund Johann Krenth. Am 17. Lebensjahre verstorben nach langem Leiden der Gehobene Sanitätsrat Dr. med. Max Treitel.

Andreas wendete das Papier und las auf der Rückseite: „Wenn das zutrifft, so verleihe man jetzt, warum in den letzten Tagen die Poincaré-Presse den Sachverhalt überdrückt so geläufig, gegen diesen Völkerbund die allerhöchste Kampfkampfung einzunehmen. Aber während die ganze Welt darüber läßt, daß in Genf alle Mächte nur ihre Gewaltsziele verfolgten, stellt die deutsche Sozialdemokratie die deutschen Delegierten Luther und Stresemann als wahre Friedensengel hin, welchen Luther, der durch seine Vorkämpflichkeit des Sozialismus und Steuerlandes, durch sein Bündnis mit den

Dieses Bild bewegte ihn. Er stellte sich die Gesellschaft sehr glänzend vor. Es schien ihm, daß er hinter das Geheimnis der Welt gekommen war. Er glaubte zu wissen, daß er in der Zelle saß, weil er keinen von diesen Verlobten, Geborenen und Verheirateten kannte. Weisheit fand er nicht, sondern daß der Andreas Bum, Ehrenmitglied nach unangenehm Behandlung und ohne gehört zu werden, zu sechs Wochen verurteilt war?

XV.

Das kranke Andreas Bum. Andreas empfand die Befähigung juridischer Menschen, die sich auf eine Karriere vorbereitet hatten. Daß man gerade ihn eingepferrt hatte, daß man gerade ihn zum Heuboden zwang, war eine Ungerechtigkeit, grauhaft, unentschuldigbar und verbrecherisch. Wie lange war es denn überhaupt her, daß er fast mit der Würde eines Beamten, jedenfalls aber mit dem gottesfürchtigen Sinn eines Priesters, die Auen in der Landschaft, an einer belebten Strohkende die Nationalhymne spielte und die Leute zur Vaterlandsliebe fast eben so leicht anpornte wie zur gegenseitigen Anfeindung, wieder ankantete, weil er die Befähigung Andreas Bums, die Nationalhymne zu spielen, anerkennen mußte? Was war denn eigentlich geschehen? Wie konnte sich die Welt so schnell geändert haben?

Wah! Sie hatte sich gar nicht geändert! Immer war sie so gewesen! Nur, wenn wir ganz besonderes Glück haben, werden wir nicht einpaar. Aber unter Schicksal ist es, Anschlag zu erzeugen und in Gefahr zu setzen. Der wirklich umgehenden Gebete zu helfen. Wie Spinnen legen die Beförden, lauern in den feinnähtigen Geweben der Verordnungen und es ist nur eine Frage der Zeit, wann wir ihnen anheimfallen. Und es ist nicht genug daran, daß wir einmal ein Bein verlieren haben. Wir müssen unser Leben verlieren. Die Regierung, wie sie jetzt erkannt haben, ist nicht mehr etwas Neues, hoch über uns Befindliches. Sie hat alle irdischen Schwächen und keinen Kontakt mit Gott. Wir haben vor allem gesehen, daß sie durchaus nicht eine einheitliche Macht ist. Sie gliedert sich in Kräfte mit Verstand und merkt noch wie viele Ministerien. Der Regierungsmittler kann jemandem eine Ausweisung erteilen und die Polizei sperrt ihn dennoch ein. Das Gericht mag ihn verurteilen und der Herr Kommissar tut es auch. So wurde mancher gottlos, ein Heide und ein Anarchist.

Manchmal dachte Andreas, daß es notwendig wäre, sich wieder bemerken zu lassen. Und einmal, als der Direktor der Strafanstalt, wie er es heute noch, seiner Vorkämpflichkeit gemäß tat, die Zelle inspizierte, erzählte ihm Andreas seine Geschichte. Der Direktor war ein sehr strenger Mann, aber er glaubte, daß der Befehl des Staates von dem Ausmaß der Gerechtigkeit abhängt, die in seinen Grenzen zur Anwendung gebracht wurde. Er ließ ein Protokoll mit Andreas Bum aufnehmen und versprach, die Sache in die Wege zu leiten.“ (Fortsetzung folgt.)



Ansichten dem Betriebsleben

Belegschaften, heraus zum 23. März!

Firma Andreas Sachengier, Halle

Die Belegschaft der Firma Andreas Sachengier (Eisenblecherei) nahm am gestrigen Tage Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen der Arbeiterschaft. Einmütig wurde eine Entschließung gefaßt, die begründet, daß durch das Vorgehen der A.B.D., S.V.D. sowie des A.D.G. in der Frage der Fürstenanbindung bis weit in die Mittelklassen hinein die Arbeiterklasse mobil gemacht worden ist. Auf halben Wege darf nun auf keinen Fall hinfestgeschrieben werden. Daher wird gefordert, daß die Vertreter dieser drei Organisationen im Parlament einen Vorstoß unternehmen gegen die Luther-Regierung. Die minimalen Zugeständnisse für die Kurzarbeiter sowie Erwerbslosen können der dritten Schicht der Arbeiterklasse nicht helfen. Die Belegschaft fordert die Arbeitervertreter in den Parlamenten auf, der Regierung ein Ministrauerssozium auszusprechen.

Die Belegschaft hat erkannt, daß durch die Verhandlungen in Genuß klar zum Ausdruck gebracht werden ist, daß die deutsche Arbeiterklasse immer mehr geteilt und geteilt gemacht werden soll. Die ersten Anzeichen sind nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Aneinanderreißung ist die Drohung mit einem Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes.

Die Belegschaft ist gewillt, mit aller Kraft die Parlamentarier in ihrem Kampf gegen die Luther-Regierung zu unterstützen.

Kämpfe im Kampf in der Metallindustrie!

Linke-Hoffmann-Lauchhammer A.G., Gröbzig

Bekanntlich gehen jetzt auch in Sachen der Metallindustriellen davon über, die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, was die Aneinanderreißung der Arbeiterklasse bewirkt. In einer am 11. März stattgefundenen Betriebsversammlung der Linke-Hoffmann-Lauchhammer A.G. Gröbzig, wurde der Vorstoß dieser kapitalistischen Bekanntheitsgegner, die Streikung der Ferien und 20 Prozent Lohnsenkung verlangt. Wir sind nach der Meinung, daß es keinen Mann im Betrieb, auch nicht bei den Beamten und Angestellten geben dürfte, der damit einverstanden wäre. Es bedeutet für alle Schaffenden eine Ohrfeige. Die Verhandlungskommission muß geschlossen werden, das unverschämte Annehmen ablehnen und einen Gegenvorsatz zu unterbreiten. Wir fordern:

1. Menschenwürdige Entlohnung und zugleich pünktliche Lohnzahlung.
2. Die Ferien dürfen nicht beseitigt, sondern müssen erweitert werden.

Die reformistischen Gewerkschaftsangehörigen als Verhandlungsteilnehmer werden wahrheitsgemäß wieder sagen: „Wir haben getan, was wir ging. Eine andere Aussicht besteht nicht. Gehen wir vor das Gericht, so haben wir nichts zu erwarten und die finanzielle Lage der Gewerkschaft erlaubt nicht den Kampf. Darum empfehlen wir Euch, in den lauren Ansel zu bleiben.“ Das können wir schon, aber die Kollegen und Kolleginnen werden sich mit derartigen Wünschen nicht mehr einlassen lassen. Das würde bedeuten, daß auch die allerersten Einrangigen von 1918 zurückgeschlagen werden. Kollegen, bedenkt, daß wir eine Macht darstellen; wir müssen nur jeder miteinander, damit die Gewerkschaften Organisationen werden, die im gegebenen Moment den Kampf wirklich aufnehmen. Es heißt jetzt: „Alle Mann auf den Felsen!“

Warum selbst Arbeitlose sich nicht melden

(Landarbeiter - Korrespondenz)

Früher, wie es Stahlbeton zukünftig geht, so hat es dem Rittergut Meisena bei Gröbzig (W. Frau Schulz) zu ständig werden dort Arbeiter gesucht, obwohl es Arbeitlose genug gibt. Aber das hat seine gewöhnlichen Gründe, die Herrschaften, die sich darüber aufregen, daß „die Arbeitlosen nicht arbeiten wollen“. Der Stahlbeton-Schulz meint, daß die Leute zu große Angst vor ihm hätten. Aber das ist es nicht. Im Gegenteil, wenn einer ihm einmal die Wahrheit sagt, so läuft er einwärts davon.

Auf dem Gute wird der herrliche Lohn von 17 Pf. pro Stunde gezahlt und pro Woche ein Deputat von 3 Pfund Margarine und ein 6 Pfund-Brot, ferner Mittag- und Abendessen. Mittag gibt es Köpfe mit Wein, eine merkwürdige Zulagenzahlung! Oder es gibt auch ungenießbare Kartoffelsuppe, warme Zerk, und abends Kartoffelsuppe, warme Suppe, also schlimmer als Schweinefleisch! Da sie das nicht essen können, hören die Tagelöhner immer sehr bald wieder auf dem Gute auf. In der Küche sind die Löhner des Inspektors, die diesen Mann mit er beschäftigt. Damit keiner sehen kann, was dort gebracht wird, steht ein harter Hund vor der Tür. Etzliche Betten brauchen die Arbeiter des Gutes natürlich auch nicht! Wenn das so weitergeht, so wird der Inspektor bald selbst pflügen und die Frau Schulz die Kühe selbst melken müssen.

Beamtentafel der Mansfeld A.G.

Eine kritische Betrachtung

Von einem Beamten der Mansfeld A.G. wird uns geschrieben: Allgemein bekannt dürfte sein, daß größere industrielle Unternehmungen seit Jahren ihren Beamten und Angestellten eine Erholungsstätte in Gestalt eines Kojinos errichtet haben. Diese Maßnahmen ist durchaus anerkennenswert, denn dadurch wird es manchem kleinen Beamten oder Angestellten möglich, sich auch einmal eine kleine körperliche Erholung zu verschaffen, was wenig Geld zu erziehen. — Zur Erholung von Arbeiterwohnungen hatte sie bekanntlich kein Geld.

In Eisenben, dem Orte der Mansfeld A.G., ist die Oberleitung dieses Unternehmens vor einigen Jahren das Kojino übergeben, ein „Beamtentafel“ mit einem großen Kojinapavillon neu zu errichten. — Zur Erholung von Arbeiterwohnungen hatte sie bekanntlich kein Geld. Die Beamten, die sich auf das Kojino gefreut hatten, wurden arg enttäuscht, denn das Kojino blieb ihnen verschlossen. Es war für kleinere Beamte nicht geschlossen, sondern nur für die Oberbeamten, also die Vorstandsmitglieder der A.G., die Direktoren und die Akademiker. Einige Kantinenbetreiber, Geistliche und Ärzte, verschiedene sogenannte Prominente, bei der Allgemeinheit aber in keinem guten Ansehen stehende Privatpersonen und Geschäftsfreunde der A.G. wurden als Mitglieder des Kojinos-Bereichs aufgenommen. Um den Schaden zu mindern, nahm man auch einige wenige mittlere Beamte der A.G. (Stiftungsbeamter) nach langer Zeit als Mitglieder auf. Diese sind aber nur geduldet, bemerkbar dürfen sie sich nicht machen. Die Bezeichnung „Beamtentafel“ ist völlig unangebracht, weil ein großer Teil der Mitglieder nicht Beamte der A.G. sind. Der Betrieb des Kojinos kostet die A.G. viel Geld, jährlich mindestens 20 000 bis 30 000. Wir, denn die geringen Mitglieder-

beiträge decken nur einen kleinen Teil der Ausgaben. Die Speisen und Getränke bezahlen die Mitglieder selbst, die Kosten für Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Steuern, Dienstpersonal usw. trägt indes die A.G. Alle diese Ausgaben werden aber nur für die hochgehaltene Vorstandsmitglieder und Direktoren geleistet, damit diese Herren mit ihren Damen und ihrem sonstigen Anhang sich billige, vergnügte Stunden auf Kosten der Arbeiter und kleinen Beamten verschaffen können.

Man bedenke: Die hochbezahlten Herren und ihr zu der A.G. in keiner Beziehung stehender, zum Teil nicht einmündiger Anhang stellen sich von den durch die Arbeiter, kleinen Beamten und Angestellten seiner erarbeiteten Gehältern außerordentlich vergünstigten, leibliche und geistige Genüsse, während Arbeiter, Beamte und Angestellte aus Mangel an Mitteln darben müssen. Ist dies nicht schamlos?

Der Vorstoß des Kojino-Bereiches ist ein schamloser Versuch, der um eine juristische Begründung dieser Handlungen zu kämpfen nicht verlegen sein wird. —

Wie wird das Wahlergebnis festgestellt?

Spätestens am dritten Tage nach der Wahl ist das Wahlergebnis festzustellen. Der Wahlvorstand zählt die Stimmzettel, vergleicht die Zahl der Stimmzettel mit der Zahl der Personen, die gewählt haben. Die Zahl der auf die einzelnen Listen abgegebenen Stimmen wird festgestellt, dann werden die ermittelten Listen in einer Reihe nebeneinandergestellt und sämtlich durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt. Jede Vereinsliste erhält so viel Mitgliedschaften zugeteilt, als Höchstzahlen auf sie entfallen, bis die Gesamtzahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder erreicht ist. Enthält eine Höchstzahl weniger Bewerber, als Höchstzahlen auf sie entfallen, so gehen die überschüssigen Stimmen auf die Höchstzahlen der anderen Vereinslisten über.

Beispiel:
Der Betrieb hat 11 Betriebsratsmitglieder zu wählen; davon bekommen die Arbeiter 9 Sitze. Es sind durch die unglückliche Zerstückelung drei Listen aufgestellt. Die Stimmen sind folgendermaßen verteilt:

	Liste 1	Liste 2	Liste 3
gestellt durch	200	100	100
3 = 200	66%	33%	—
4 = 150	50%	37%	—
5 = 120	40%	30%	—
6 = 100	33%	25%	—
7 = 85	—	—	—

Die Höchstzahlen sind also:
Bei Liste 1: 600, 300, 150, 120, 100.
Bei Liste 2: 200, 100.
Bei Liste 3: 100.

Also erhält Liste 1: 6 Vertreter; Liste 2: 2 Vertreter; Liste 3: 1 Vertreter.

Der Arbeiterrat besteht aus 11 Personen, also sind noch 2 Ergänzungsmitglieder zu wählen. Sie entfallen auf die Höchstzahlen 85 von Liste 1 und 75 der Liste 3. Der Arbeiterrat besteht nun jetzt: Liste 1: 7 Vertreter; Liste 2: 2 Vertreter; Liste 3: 2 Vertreter.

Die Erwerbslosen fordern von Staat und Gemeinden:

1. Beseitigung der Arbeit für alle Arbeitslosen, Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe durch Reich, Staat und Kommunen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte;
2. sofortige Inanspruchnahme von Arbeitslosen unter Zahlung des in Frage kommenden Tariflohnes, Beseitigung der Pflichtarbeit;
3. Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages als Höchstarbeitszeit; für den Bergbau (unter Tage) die Eisenbahnarbeitszeit; Verbot von Überstundenarbeit;
4. Auszahlung einer Arbeitslosenbeihilfe zu Ostern in Höhe von 50 Mark an alle Erwerbslosen;
5. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent; Unterstützung für alle Arbeitslosen;
6. Aufhebung der Berufsstandsbeschränkung, Beseitigung der Konkurrenz und Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit;
7. Zahlung von Unterstützung an die Kurzarbeiter für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit;
8. gleiche Unterstützungshöhe der Erwerbslosen unter 21 Jahren mit den über 21 Jahren; Verbot aller privaten Arbeitsnachweise;
9. Unterstellung der öffentlichen Arbeitsnachweise unter die Kontrolle der zuständigen Gewerkschaftsorgane und der Erwerbslosenausschüsse;
10. Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse.

Bom A.D.G., den Drisausschüssen, den zentralen und örtlichen Gewerkschaftsvereinigungen fordern die Erwerbslosen:

1. Grundständige Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse;
2. Zusammenfassung aller Erwerbslosen, auch der unorganisierten, durch die Gewerkschaften;
3. Zulassung der Erwerbslosenausschüsse bzw. deren Vertreter bei den einzelnen Verbänden und Drisausschüssen; Teilnahme eines Vertreters an den Sitzungen der Drisausschüsse und Drisaverwaltungen mit Sitz und Stimme;
4. zeitliche Zusammenfassung sämtlicher Erwerbslosenausschüsse, und darüber hinaus beständige Zusammenfassung;
5. Aufnahme der unorganisierten Erwerbslosen mit einem geringen Beitragsbeitrag in die Gewerkschaften und einen geringen Wochenbeitrag;
6. Kontrolle der gesamten Arbeitsnachweisestellen und der Arbeitsvermittlungen durch die Gewerkschaften;
7. Eröffnung von unentgeltlichen Anstalten durch die Gewerkschaften, in denen jedem Erwerbslosen Auskunft über Sozial- oder Berufsfragen erteilt wird;
8. Abschaffung aller Ämter für die Durchsetzung der an Regierungen, Reichstag, Staat und Kommunen gestellten Forderungen.

Auch die Betriebe marschieren geschlossen auf für die von den Erwerbslosen-Ausschüssen gestellten Forderungen!

Erfolge der Opposition bei den Betriebsratswahlen

Bei der Betriebsratswahl in der Spinnstoffabrik Berlin-Zehlendorf erhielt die freigezwählte Liste 975 Stimmen und die übrige Liste 22 Stimmen. Der Betriebsrat setzt sich aus Kommunisten und Sympathisierenden zusammen. In den Spinnstoffwerken in Düsseldorf wurden bei der Betriebsratswahl für die Liste der freien Gewerkschaften 1655 Stimmen und für die übrige Liste 117 Stimmen abgegeben. Im Betriebsrat sind 10 freigezwählte Arbeiter, unter denen sich mehrere oppositionelle Kollegen befinden und 1 Christlicher. In Ludwig (Caulis) wurde ein neuer G. u. S. rat gewählt, der aus 1 Kommunist und 2 Sympathisierenden besteht.

Geistige Verdummung statt Brot!

Wieder eine neue „Werkszeitung“

Täglich schreiben die Bergbau-Beamten und ganz besonders der allen mitteldeutschen Bergkumpels bekannte „Kamerad“ Direktor Leopold über die Wirtschaftskrise und ihre für den Bergbau nicht abzumachenden Folgen. Nach der Meinung dieser Kammerleiter ist den Ausweg der Lohnabbau — natürlich nicht für die Direktoren oder Aktionäre — sondern nur für den Bergproleten.

Geld scheint aber nicht in Fülle vorhanden zu sein, besonders bei den A. Kiebs Montanwerten A.G., welche zuerst den Verstoß des Lohnabbaus macht. Seit Jahresfrist wird auf den Werken des Kojinos die 17 kriegsbedingte „Kiebs-Kampfgewerkschaft“ eine sogenannte Vereinszeitung „Der Knappe“ gegründet als unentgeltliche geistige Kost. Das Blättchen „Der Knappe“ wird von zwei Fachleuten geschrieben, für die Hauptverwaltung zeichnet e. Kowalik, für die Knappeverleiher Kurt Lange, der Sekretär, der in mochnolens die Schrift führt, da immer, in diesem Falle ist es der latente bekannte Dr. Ing. Nicolai, der den internationalen eingestellten Arbeitern mit einer zweiten „Zeitung“ (man lasse nicht), dem „Kiebsblatt“, als Werkszeitung für die in den Betrieben Beschäftigten zu Liebe rief.

Die geistige Stufe dieses Blattes ist die gleiche wie beim „Knappe“. Dieser Blättchenhalt ist am 12. März mit Nummer 1 geboren, und gleich nach der Geburt freit dieser Wurm Verhöhnung gegen die Arbeiter. Auf beiden Seiten ist eine feste durchgehende Zeile mit den Worten: „Schützt Euch vor den Anstalten“ und „Schützt Euch vor den Anstalten“ vertriebt. Auf einer Seite ist im Bild der Transport von Förderwagen wiedergegeben. Durch das Antriebsystem ist es gar nicht möglich, die Unfallverhütungsvorrichtungen einzubauen. Mit jedem Tage wehren sich die Opfer der Antriebs- und Ausbeutung. Und dann sagt man die davorstehenden Antriebs- und Förderwagen in der Hand gehalten „erlebe“ „erlebe“ zu marnen und um eigenen Schutz anzufragen. Eine Verhöhnung schlimmer Art kann man sich gar nicht vorstellen. Jedoch an den Arbeitern dieser Betriebe wird es nun liegen, die richtige Antwort hierauf zu geben, in dem Sinne, daß sie unbedingte die davorstehenden Antriebs- und Förderwagen im strengen Sinne einhalten. Denn, Kameraden, wenn Ihr nicht mehr brauchbar seid für die kapitalistische Ausbeutung, so könnt Ihr verrecken. Kiebs geben Euch durch die Werkszeitung zwar „geistige“ Kost, und was für welche — aber kein Brot, um Euren Hunger zu stillen. Wer dem nicht merkt, der, warum man trotz der Werkszeitung eine solche Werkszeitung gratis gibt? Um eine Antwort wird wohl kein vernünftiger Arbeiter verlegen sein.

Baden leben, Baden leben

Otto der Kleine von „Pflanzherth“

Am Sonntag, dem 14. März, veranstaltete der Sportverein „Glückauf“ ein Kappenfest, auf dem eine Jugendgruppe mitwirkte. Bei dem „Anbietern“ hatte es „Otto der Kleine“ hauptsächlich auf die Baden der jungen Damen abgesehen, denn er rief dauernd in der Saal: „Man sieht ja keine Baden.“ Was er mit Baden bei den Arbeiterinnen nicht hat und warum sein können, das man daran lächerliche Gefühle bekommt, überlegt Herr Winter sich nicht, daß er einen großen Teil Schuld daran trägt, will er wohl recht nicht wissen. „Pflanzherth“ war Zweifel, der Sportler, seit Jahr denn u. o. nicht, mocht der Weg geht? Nun geht auf, was jetzt kommt. Herr Winter hat nach Prüfung der Leistung „seines“ Wertes gefunden, daß in fünf Arbeitstagen mehr produziert wird als in sechs. Er trägt sich mit dem Gedanken, daß es möglich wäre, dieselbe Produktion in vier Tagen zu leisten, deshalb wird es nicht mehr allzu lange dauern, und Ihr werdet nur noch vier Tage in der Woche zu arbeiten brauchen. Da werden die Baden sicher dicker und das Springen leichter werden, da ja der Magen dann noch länger hängen wird.

Auch der Betriebsführer vom Krumm ist zu den Arbeitern gekommen und hat ihnen erklärt, daß mit dem neuen Betriebsrat wieder die zehnjährige Arbeitszeit fäme. Auf diesem „Kappenfest“ wurden leider 1 1/2 Stunden gearbeitet! Er erklärte, daß es doch besser wäre, der Betriebsrat ginge zum Essen, damit die Arbeiter ihren bisherigen Lohn behalten würden, denn mit der Kürzung der Arbeitszeit sollte auch Freitag das Geld.

Kollegen, Ihr legt doch deutlich, wie man mit Euch Schindler treibt. Wugen auf, und wagt geschloffen, Mann ihr Mann, die Bitte der freien Gewerkschaften.

Da in nächster Zeit weitere Enttäuschungen über die Person des Direktor Winter im „Kappenfest“ erscheinen werden, empfiehlt es sich, denselben zu abonnieren!

Der Arbeiterrat

Der „Arbeiterrat“ Nr. 3 ist erschienen. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben: Das Programm zur Betriebsratswahl; Was dem Tagelohn eines sozialdemokratischen Betriebsrates; wichtige Entscheidungen der Betriebsratswahl; Was dem Tagelohn eines sozialdemokratischen Betriebsrates; Was dem Tagelohn eines sozialdemokratischen Betriebsrates; Was dem Tagelohn eines sozialdemokratischen Betriebsrates.

Entschlossen. Der Bericht von Godel ist für die Zeitung ungenügend. Mangels Adressenangabe können wir dem Einleger nicht antworten. Die Redaktion.

Durchpeitschung der Vorlagen in der Schlusssitzung des Provinziallandtags

Kritik der Zustände in den Provinzialanhalten — Ablehnung der Erwerbslosenentwürfe — 65-Stunden-Arbeitswoche für das Anstaltspersonal — Annahme des Glais mit 1 1/2 Prozent Umlage

Die Schlusssitzung des Provinziallandtags begann mit der bereits gestern erwähnten Mitteilung des Landespräsidenten über die Beschlüsse des Landtagsvorstandes zu den Vorgängen am Freitagabend.

Gen. Koenen erklärte hierzu, die kommunistische Fraktion habe das Vorhaben des Vorstandes gegen die Fraktion ermarktet. Da der Landtagsparagraf aus demselben Grund gegen uns verhe, hatten wir alle Hände voll zu tun, um die Beschlüsse zu verhindern. Wenn die Mehrheit geklärt hätte, wir würden diese Zwangsbestimmungen ohne weiteres hinnehmen, so war das eine Täuschung. Wir werden auch weiterhin uns jeder Anhebung wehren.

Seit es heißt ist, daß die Kommunisten das jetzt hier Fünftel der Verhandlungszeit für sich gebraucht hätten (ein Fünftel für die eifrige Mitarbeit, D. Neb.) und nennt dies „Terror“, dem man sich nicht beugen dürfe. Jede Partei habe zu parieren. (1) Dieser neue „Arbeitsentwurf“ beantragt nun eine Arbeitszeit von 10 Minuten für die Verhandlungsarbeiten.

Dieser Antrag fand mit allen Stimmen gegen die der SPD. Annahme. Als die Vorlage „Anbeitsentwurf“ beraten werden sollte, wurde sofort Schluß der Debatte beantragt und von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgenommen. Die von uns bereits erwähnten Anträge zur Erhöhung der Besoldungen für die Provinzialanhalten, für die Arbeiter und das Personal, die Einstellung von Besoldungen zum Glaubensbekenntnis abhängig zu machen, wurden abgelehnt; ebenso ein Antrag, den Gen. Rüttig am Freitag beantragt hatte, monach bei der Reichsregierung dahin gewirkt werden solle, freigelegene Arbeitsplätze nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises zu besetzen.

Genosse Brauer protestiert, daß ihm der Vorleser, entgegen der Geschäftsordnung, das Wort verweigert habe, um zu dem kommunistischen Antrag sprechen zu können.

Bei dem Staatsrat „Elektrizitätsversorgung“, bei dem ein kommunistischer Antrag auf Verbilligung des Strompreises an Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner um vorläufige Bewilligung abstimmen lassen, ohne unsern Redner, Gen. Koenen, das Wort zu geben. (Rufe: Unerhört, Bergemalung!) Auf diese Proteste hin bekam unser Redner schließlich das Wort, um den Antrag begründend zu lesen. Der Antrag wurde von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt. Rüttig hat am Freitag nach dem Gen. W. Müller beantragt, die kommunistische Antrag auf Wiedereröffnung der Manufaktur Kleinbahn.

Die Mischstände in den Provinzialanhalten

Zum Etat des Landesfürsorgeverbandes sprach eingehend Genosse Rüttig, daß die in der letzten Erhebung der für die Kreisbesoldigten und Kriegsinvaliden einseitigen Positionen um 50 000 Mark. Mit statistischen Unterlagen befragt Genosse Hirsman dann weiter das verheerende Unmaß der Tuberkulose, vor allem auch das mangelnde Verständnis der Reichs-, Staats- und Provinzialanhalten in der Genesung der Mittel zur Bekämpfung derselben. Auch den Provinzialanhalten will unser Antrag nicht recht passen, obwohl sie selbst, daß selbst in den Landesbesoldigten in dieser Beziehung geradezu katastrophale Verhältnisse bestehen. Es starben z. B. in der Unfallversicherung 72 Kranke, von denen 11 an Tuberkulose zugrunde gingen, das sind 15,28 Prozent, in Mecklenburg 83 Kranke, wovon 18 an Tuberkulose zugrunde gingen, das sind 21,68 Prozent; und in Uhliruppinge von 59 Kranken 24, das sind 40,67 Prozent. Dementsprechend ist natürlich auch der Gesundheitszustand des Personals. In der Heilanstalt Zerchow sind 8 in ganz kurzer Zeit an Tuberkulose erkrankt.

Die Anträge der Fraktion auf Erhöhung der Positionen für die Kriegsbeschädigten wurden gegen die Stimmen der SPD. abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Antrag auf Erhöhung der Stelle eines Fürsorgearztes.

Beim Kapitel „Kinderheim“ bemängelt Genossin Zäuner, daß in der vorliegenden Heimen nicht nach gleichen Wirtschaftsprinzipien gearbeitet werde. Sie fragt, warum man in Schlesien jenseitig Personal eingestellt ist, daß auf zwei Kinder eine betreuende Person kommt. In den drei anderen Heimen ist dieses Verhältnis bei weitem nicht erreicht. In Schlesien sind eben nur Kinder durchgehende Kräfte untergebracht, deshalb diese Besetzung, die wir verurteilen.

Ein Antrag der Kommunisten, die vorhandenen Ueberhöfe zur besseren Versorgung der Jüglinge in der Arbeitsamt Großsalza zu verwenden, wird abgelehnt. Desgleichen wird abgelehnt ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Erhöhung der Pflegekosten in den Anhalten von Johnson, Johnson, Johnson und Wasserde. Bei dieser Gelegenheit kritisiert Genosse H. D. die Schwärze, das Mitter verabschiedet wird. Bei einer Besichtigung in Uhliruppinge gab es mittags Wasser, in dem ein wenig Sekt war. Weshalb ist es in anderen Anhalten. Selbst der Direktorische Abgesandte war nicht zufrieden mit der Besichtigung in Uhliruppinge. Es ist vorgegeben wurde. Natürlich ist das für ihn nur eine „Ausnahme“. Der Landeshaupmann spricht davon, daß die Anhalten unter dem Zwange einer förmlichen Besichtigungsmaßnahme stehen; diese sollte mehr eingehend werden. Wir sind im Gegensatz dazu der Auffassung, daß nicht genug kontrolliert werden kann.

Trotz der aufgezählten Mischstände bei der Verpflegung in den Anhalten wurde der kommunistische Antrag auf Erhöhung der Pflegekosten von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Genosse Brauer kritisiert die Zustände in den Provinzialanstalten, während Genosse Rüttig am Kapitel „Wohnverhältnisse“ und Erziehung der „Arbeitsrentner“, die nur der Ausbeutung dienen, fordert. Ebenso fordert er Erziehung der Mittel für die Geistlichen, die außer ihren festen hohen Besalgen noch für Konfirmation jedes einzelnen Jüglings extra 15 M. erhalten.

In der Nachmittags-Sitzung wurde ein Antrag der SPD. zur Fürsorgeerziehung abgelehnt. Dieser besagte, daß Gesuche von Eltern der in Anhalten untergebrachten Jüglinge auf Freigabe derselben berücksichtigt werden müssen, wenn die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse, die zur Fürsorgeerziehung führen, abgeklärt sind. Ein weiterer längerer Antrag der kommunistischen Fraktion, daß der Landeshaupmann beim preussischen Staatsminister einwirken solle, daß die Fürsorgeerziehung nach neuen, sozialeren Grundsätzen geregelt werden solle, wurde dem Provinzialauschuss überwiesen.

Zum Etat der Landesversorgungskasse erklärte Genosse Rüttig, daß dieser Etat deshalb von den Kommunisten abgelehnt werde, weil trotz aller bisherigen Kritik in den Anhalten immer noch die Rente herrsche. Als er in seiner Kritik nach der rechten Seite des Saales ging und hier, diese sei schuld an den bestehenden Zuständen, wird er von Rüttig in der Ordnung gestört (1) und ihm bedeutet, daß er nicht auf Mitglieder des Saales gehen dürfe. Darauf spricht und zeigt Genosse Rüttig zur Tribüne, wie im ganzen Saale allgemeine Beiterkeit ausstrahlt. — Dieser sowie die folgenden Glais wurden nach einem Schlußantrag Reiparats gegen die SPD. angenommen, ebenso der Gesamtetat.

Der kommunistische Antrag auf Bereitstellung von 100 000 Mark für Jugendberufshilfe, den Genosse Rüttig abgelehnt, wurde abgelehnt und auf ein Gesuch des Verbandes für deutsche Jugendberufshilfe, Zweitausendfünfzig Mittel, 15 000 Mark bewilligt. Genosse Koenen legte im Auftrag der SPD. die Umlageforderung von 1 1/2 Prozent auf die Glais vor, die durch die nur vermehrte Bekämpfung der Verbrauchsausfälle und preissteigernd wirke. Er stellte den Antrag, daß das Reich diesen Betrag decken solle.

Dieser Antrag wurde, nachdem der Landeshaupmann dazu gesprochen hatte abgelehnt. Die Gemeinden und Kreise haben mit dem Staatsrat 11,5 Prozent Umlage aufzubringen. Woher sie diese

Mittel nehmen sollen, werden sie vielleicht selbst nicht wissen; es wird natürlich wieder neue Steuern geben.

Zu der beabsichtigten Erziehung eines Landesversorgungshomes für schuleisfähige Mädchen sprach Genosse Rüttig, der sich dafür erklärt, weil die Mädchen jetzt überall unzulänglich untergebracht sind. Ein Arzt (1), Dr. Stange, habe sich im Ausschuss geäußert. Er sei einer Unterteilung in diesem Heim erklärt. (Rufe: Hört, hört!) Wenn gewisse Kreise noch Umherlungen der Mädchen sprächen, so müßte er darauf hinweisen, daß es eine Schändung von Weibern gibt, die immer nur umherlungert. (Unruhe rechts.) — Für das Heim werden 400 000 Mark als erste Rate bewilligt.

Nach Annahme einiger weiterer Vorlagen erfolgt dann die Beratung des Erwerbslosen-Antrages der SPD.

Zu dem Genosse Koenen spricht, nachdem Genosse Rüttig über die Verhandlungen im Ausschuss berichtet hatte. Der Bezirks-erwerbslosenrat habe ebenfalls dem Landtag Forderungen vorgebracht, die gleichfalls abgelehnt wurden. Die kommunistische Fraktion. Der Ausschuss hat alle Forderungen abgelehnt und nur beschlossen, den Kreisen und Gemeinden zu empfehlen, innerhalb der geographischen Grenzen und nach individueller Prüfung den Erwerbslosen und anderen Beschäftigten mit zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Nachdem der SPD-Mann Rüttig in nach gegen die Arbeitslosigkeit gesprochen hatte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Antrag auf eine Wirtschaftsbefähigung wurde abgelehnt. Mit 51 gegen 44 Stimmen wurde der zweite Antrag des kommunistischen Antrages angenommen, der den Gemeinden 500 000 Mark überweist. Dem Geschäft des Haus- und Wirtschaftsschulens wurde zugestimmt. Genosse Koenen bekam einen Ordnungsruf, weil er bemerkt hatte, das Haus habe kein Interesse für die Arbeitslosen.

Von den weiteren Tagesordnungspunkten ist noch zu erwähnen die Vorlage über die Arbeitslosen.

Arbeitszeit in den Provinzialanhalten.

Die kommunistische Fraktion hatte hierzu die 48stündige Arbeitszeit (mit Bereitschaft) beantragt. Die SPD. beantragte 60 Stunden (einstufige 12 Stunden Bereitschaftsdienst). Beide Anträge fanden Ablehnung, da von den Sozialdemokraten bereits eine ganze Anzahl Abgeordnete schieden, die ebenfalls kein Interesse an dieser Sache hatten. Bezeichnend ist, daß die SPD. gegen den 48-Stunden-Antrag stimmte, aber dann für die 65-Stunden-Woche, die dann Annahme fand.

Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden ohne Debatte erledigt, eine Frage abgelehnt, da keine Zeit mehr vorhanden war, denn Weims wollte mit dem nächsten Zuge abziehen. So wurde alles in Eile abgemacht. Das nennt man „ladische Arbeit!“ Was dann zum Schluß Weims das Schlußwort ergreift, reichlich die kommunistische Fraktion demontieren den Sitzungssaal.

Wir werden in einem besonderen Artikel diese Landtagsession noch näher beleuchten.

Halle und Saalkreis

Anfeuerung für nationale Kampfhähne

Die „Allgemeine Zeitung“ hat eine Ohrspeise bekommen, von der sie sich so schnell nicht wieder erholen wird. Der „Klassenkampf“ hat nämlich nachgeholfen, daß das Flugblatt der Aufwertungs-Partei, das zur Teilnahme am Volksbegehren anrief, in der Druckerei der „Allgemeinen Zeitung“ hergestellt worden ist. Wir können uns denken, daß die Verantwortlichen dieser kommunikativen Presse ihre Reaktion mit Zufriedenheit komparieren und keine Ruhe geben. Aber trotz allseitiger gemundener Dementis, die gar keine Dementis sind, ist die Tatsache des ominösen Druckes in der Hebel-Druckerei nicht zu leugnen.

Die „Allgemeine Zeitung“ muß das übrigens selbst zugeben, wenn sie schreibt: „Es gehört schon ein hoher Grad von Unvorsichtigkeit dazu, die „Allgemeine Zeitung“ für eine Druckerei verantwortlich zu machen, die nicht von ihr, sondern in der Hebel-Druckerei für einen fremden bürgerlichen Auftraggeber hergestellt worden ist.“ Etwas anderes hat auch der „Klassenkampf“ gar nicht gesagt. Dort stand nämlich: „Der Anstalt, der von Herrn Reichsamt Wüst unterzeichnet war, ist im Verlag der „Allgemeinen Zeitung“ (Hebel-GmbH.) gedruckt worden.“

Kennt man in der „Allgemeinen Zeitung“ denn nicht den eigenen Text? Am Schluß des reaktionellen Teils dieser Zeitung steht dort jeden Tag deutlich zu lesen:

„Eigentum, Verlag und Druck Otto Hebel-Gesellschaft m. b. H., Halle a. S., Bernauerstraße 17 in der reaktionellen Zeit.“

Reaktionär Dr. H. Ege... Hebel-Druckerei und darüber hinaus die schwerindustriellen Auftraggeber sind also nicht nur Verleger der „Allgemeinen Zeitung“, sondern auch die Eigentümer, und wenn dieselben Eigentümer das Flugblatt, das zum Volksbegehren auffordert, drucken, so ist das eben eine einheitliche Angelegenheit. Daan heißt die Was seinen haben ab. Da können auch die aufgeregten Schimpfworte der Elze-Untergehenden nichts ändern.

Auch muß man begreifen, daß die Allgemeine sich nicht so leicht an der „Klassenkampf“ für verantwortlich anpreisen hat, sondern weil ihr Vaterorgan die „Halle'sche Zeitung“ die zwar eben so gemein wie die Allgemeine aber etwas ungebogener ist, nämlich ein Argument zur Wegnahme der Abonnenten gefunden hat. Diese hält der Allgemeine das „anständige“ Flugblatt vor und erntet darum wenig schmeichehafte Beirure. Aber die einen sind so wie die anderen wert. Auch die „Halle'sche Zeitung“ verurteilt ihre nationale Ehre, oder was die Genspart-Politiker so nennen, für ein Zinlengeier — beziehungsweise für einen Witterungsgeist in Genf. Daran ändert ihr Wechselgespräch über den 12 Millionen-Erfolg des Volksbegehrens nichts das geringste. Und wenn in einem Leitartikel der „Halle'schen Zeitung“ als Parole für Fürtentafeln angegeben wird: „Ob König oder Bauer, das Recht ist ein unerschütterliches Gesetz für alle“, so hat das kein französischer Dichter Anatole France, der Mitglied der 3. Internationale war, auch schon gesagt, nur noch etwas deutlicher:

„Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet Reichen wie Armen unter Brüdern zu schlafen, betteln zu gehen und Brot zu hehlen.“

Märzgedenktage im Bezirk Halle-Merseburg

Ammerdorf

Unter Führung der SPD. und des KFF. bewegte sich am Sonntag, dem 21. März, eine Demonstration von ungefähr 2000 Teilnehmern zu den Gräbern der Märzgefallenen von 1920 und 1921. Genosse Lademann hielt eine kurze Gedächtnisrede, auf die eine Kranzniederlegung folgte. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 21. März 1926 an den Gräbern der Märzgefallenen versammelte Arbeiterklasse Ammerdorfs erhebt härtesten Protest gegen die Schandurteile, welche von holländischen Richtern gegen Ammerdorfer und Döllinger Kameraden des KFF. ausgesprochen wurden. Nationalistische Verbündeten geben, wenn sie wirklich einmal vor Gericht gestellt werden, sich immer straflos aus, während revolutionäre Arbeiter, welche sich nicht wehres meugeln lassen, zu den ungeheuerlichsten Strafen verurteilt werden. Die Arbeiterklasse fordert ungesäumt die sofortige Freilassung dieser Kameraden, darüber hinaus die völlige Umwertung aller politischen politischen Gesetze, insbesondere derjenigen, welche von dem sogenannten Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik unter Beihilfe des Kriminalrichters Jürgens erzwungen wurden. Die Arbeiterklasse erntet, daß ihr nicht geholfen werden kann, wenn sie sich nicht selbst hilft. Sie schlägt sich deshalb zu einer gewaltigen Einheitsfront zusammen, welche eines Tages all diese Zustände von der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Arbeiterklasse hinwegjagen wird.

Lettin

Zu der am Sonntag abgehaltenen Märzgandung in Lettin waren 600—700 Teilnehmer erschienen. Die von der Kommunistischen Partei und dem KFF. organisierte Demonstration bewegte sich unter Vorantritt der Musikpelle und der Klängen der „Internationale“ zum Friedhof. Dort wurden die zwei Opfer, die die Arbeiterklasse von Lettin aus dem Kapp-Putsch zu beklagen

hat, durch den Arbeitergelenkverein und durch Kranzniederlegung geehrt. In der Gedächtnisrede brachte der Genosse Berger zum Ausdruck, daß in der heillosen Revolution die deutliche Arbeiterklasse ungeheuer viel kostbares Blut verloren hat. Es sei aber dem Reich nicht unangenehm gewesen, wie viele heute noch glauben, sondern all die Opfer, Schläge und Niederlagen hätten uns als Klasse größer und weiser gemacht für unsere geschichtliche Aufgabe. Mit einem Schluß, nicht zu vergleichen und es an Heidentum unseren Kampf und Leben nachzumachen, wurde die eindringliche Kundgebung beendet.

Diestau-Zwinitzschau

Am Sonntag wurde der für den Genossen Walter Rautmann von den Verantwortlichen der Orte Diestau, Zwinitzschau, Sanddorf, Genau und Klein-Augele errichtete Gedenkstein enthüllt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Orte hatten sich sehr zahlreich zu der Feier versammelt. Um 2 Uhr leitete die Demonstration, von dem Kapelle des KFF., Genau, von Zwinitzschau nach Diestau zum Grabe des Genossen Rautmann in Bewegung. Gemündete Arbeiterportiere waren mit ihren Familien angetreten. Die Abteilungen des KFF. und der umliegenden Ortschaften waren durch Fahnenabteilungen vertreten. Mander Weisheitsweise wird beim Aufsteigen des Zuges gemerkt haben, daß die Arbeiterklasse die Arbeiterklasse in untern Orten sehr demie zusammenficht. Die Gedächtnisrede hielt der Genosse H. O. M. Er gedachte nicht nur des Genossen Rautmann, sondern aller März-kämpfer, die für das Proletariat gefallen waren. Dann wurden die von den einzelnen Orten gestifteten Kränze niedergelegt. Mit dem Abschied, der Sonne, zur Freiheit wurde die eindrucksvolle Feier geschlossen.

In alle, die noch nicht in den Reihen des stoffenbewussten Proletariats stehen, ergoht man der Auf: hinein in die rote Front, hürzt die Ketten, so jede Worte wie der Pfister-Mord am 13. März 1926 nicht ungetraut bleiben.

Die Gedächtnisfeier in Delitzsch

Reichsamt und SPD. stehen schmollend beiseite.

Am Sonntag hat die Delitzscher Arbeiterklasse in einflussvoller Weise die Opfer des Kapp-Putsches geehrt. Um 2 Uhr nachmittags versammelten sich über 500 Männer und Frauen und zogen zu den Gräbern der gefallenen Proletarier. Nachdem der Delitzscher Arbeiter-Gesangverein „Lud Polson“ vorgetragen hatte, würdigte Genosse Höder, in einer Uebersicht die Bedeutung des 18. März für das internationale Proletariat. Von dem 18. März ausgehend: Die Geschichte der Weisheit ist die Geschichte von „Klassenkämpfen“ sagte Genosse Höder die Festsler und Schwächen der deutschen Revolution 1848, wie auch die von der Pariser Kommune 1871. Der Sieg der Arbeiterklasse ist nur möglich durch Zerbrechung des kapitalistischen Staatsapparates und durch ständige Bekämpfung der Bourgeoisie. Die Weisheits-erklärung der Reaktion (Kapp-Putsch) war nur möglich, weil einflussreiche Arbeiterpartei demokratische Unionen predigten und dadurch das Proletariat zu Niederlagen führten. Zu ihren Opfern gehören auch die gefallenen Arbeiter aus Delitzsch, an deren Gedenken das Gedächtnis auszusprechen, die deutsche Revolution zum Siege zu führen. Redner gebot der Zeitgenossen politischen Gesangenen, die heute in der Gefängnisse aller kapitalistischen Länder unerbörliche Qualen erdulden müssen. Ihnen zu helfen und beizuhelfen in ihrem heldenmütigen Kampfe muß die Aufgabe der Arbeiter der Welt sein. Die deutsche Revolution muß sein, den Weg der Revolution klar und eindeutig aufzuzeigen und den Massenwillen organisatorisch zusammenzuführen. Redner behauptete das Verhalten der SPD. und des Reichsamtens von Delitzsch, die „heimlich, kalt und leise“ am Sonntag des 18. März durch zwei Mitglieder einen Kranz am Grabe der ge-

Bauern und Arbeiter aller Länder, vereint Euch!

Begrüßungsschreiben des Präsidiums der Bauern-Internationale an den 3. Kongreß des R.F.B. Deutschlands

Am den 3. Kongreß des Roten Frontkämpfer-Bundes Deutschlands in Halle.

Werte Brüder und Genossen!

Die Millionenmal revolutionärer Bauern überlebt hiermit dem 3. Kongreß des Roten Frontkämpfer-Bundes durch das Präsidium der Bauerninternationalen ihre herzlichsten Grüße.

Der Weltkrieg der imperialistischen Mächte untereinander um den Vorrang im Tempel des „Goldenen Kalbes“ tränkte jene Felder und Städte mit dem Blute der Schaffenden, die auch schon im Vorfeld einer unerbittlichen Arbeit unter der Exploitation des Kapitals durstkränkt wurden.

Die Bauernschaft der Welt, die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse, die in die trübseligen Arbeitsverhältnisse verwandelt wurden, riesige Opfer davon. Millionen Bauern führten nach der Wut des Krieges nicht, Millionen Bauern kamen zurück als ohnmächtige Krüppel, Millionen von Bauernfamilien verloren ihre Ernährer, Millionen Bauernwirtschaften wurden ruiniert und verödet.

Die Lohnneidie und Marktstreiter der Bourgeoisie feiern heuchlerisch Feiertage auf den Gräbern der „unselbständigen Krieger“. Sie kennen ihn nicht, oder tun so, als ob sie den Namen dieses Krieges nicht kennen würden.

Mir aber kennen diesen unbekanntenen „Teufelsgrauen“, sein Name ist — Bauer und sein Name ist — Arbeiter.

Die Bourgeoisie sieht heuchlerisch eine falsche Einheit unter die Massen bringen und erklären, daß es im Schützengraben keine Klassen mehr gebe. Sie warf die Bauern und Arbeiter eines Landes gegen die Bauern und Arbeiter des anderen Landes.

Die Lehren der blutüberströmten Schützengräben haben den heimgekehrten Bauern und Arbeitern und ihren jungen Generationen das Bewußtsein der Einheitsfront eingeprägt, das Bewußtsein der roten Front der Schaffenden von Stadt und Land in der ganzen Welt gegen den Kapitalismus.

Diese rote Front der Schaffenden muß jeden Versuch der herrschenden Klassen, einen neuen Krieg zu entfachen, in den Bürgerkrieg verandeln, um die Welt Herrschaft der Schaffenden zu errögen und jeden weiteren Krieg unmöglich zu machen.

Heute, unter dem Wüten der schwarzen Pfadzeiger, unter fortwährenden Mordtaten, unter dem nationalstolischen Geheul der Militaristen aller Länder, unter den Riefenausgaben für neue verrottete Kriegsmaschinen, unter unerbittlichem, schmerz Stenend, der der Bauernwirtschaft und den Arbeitern die letzten Säfte ausspricht — heute müssen die Bauern einzig und gemeinsam mit den Arbeitern sich im Kampfe gegen ihre Unterdrücker erheben. Sie müssen ihren herzlich hingemarterten Brüdern ein hehres Monument errögen.

Die Arbeiter und Bauernmacht, deren Fundament die Trümmer der kapitalistischen Welt und deren Haupt die rote Fahne und Hammer in der freien, lüchten Welt der Arbeit von Stadt und Land werden müssen.

Werte Genossen!
Der Rote Frontkämpfer-Bund wurde in den schweren Jahren des weißen Terrors in Deutschland geboren, des weißen Terrors

der Reichswehr, der Consulj und anderer faschistischen Organisationen.

Der Rote Frontkämpfer-Bund wurde in den Jahren geboren, als die Sozialdemokratie die Führung der schaffenden Massen in der Reichswehr übernahm, um sie in Massen unter einer Fahnenemokratie zur Gefügigkeit für die Bourgeoisie zu erziehen.

Der Rote Frontkämpfer-Bund wurde geboren in den Jahren des schändlichen Raubes seines Landes, seiner Reichswehr und seiner Arbeit durch das angloamerikanische Kapital. Dessen Gesellen in der Ausbeutung der schaffenden Massen Deutschlands wurden die deutsche Bourgeoisie und die Vertreter der Arbeiter und Bauern.

Der Rote Frontkämpfer-Bund muß deshalb in erster Linie die Schaffenden von Stadt und Land eng zusammenführen gegen die Kapitalisten und Agrarier und deren Verarmung mit allen Kräften zu verhindern suchen.

Der Rote Frontkämpfer-Bund hat eine riesige Arbeit geleistet zur Revolutionierung des deutschen Dorfes, das sich so lange unter dem Banner der bürgerlichen Klasse befand, und das sich sein größtes Verdienst. Er läßt das Erbe der großen Bauernkriege wieder aufleben. Er führt auch die Rote Rosa Bauernschaft auf dem Gründungsparatage des Spartacus-Bundes über die Notwendigkeit der revolutionären Einheitsfront der schaffenden Proletariats auf den breiten Bauernmassen. Er nahm die große

Lehre Lenins über das Bündnis der Arbeiter und Bauern

auf und machte sich die Geschichte des Oktobers der Arbeiter und Bauern zu eigen.

Das Präsidium der Bauerninternationalen (Kontinieren) ist überzeugt, daß der Rote Frontkämpfer-Bund seine Anstrengungen, die größtmögliche Zahl der schaffenden Bauern seinen Reihen anzuschließen, verzeht und damit die Vorstufe der Faschisten auf dem Lande unterdrückt. Diese Aufgabe ist eine der Kampfaufgaben Gutes Bundes und wir sind überzeugt, daß Ihr sie glänzend erfüllen werdet.

Es lebe der Rote Frontkämpfer-Bund Deutschlands!
Es lebe die deutschen Bauern, die sich den Reichen der roten Front anschließen!
Nieder der Faschismus, nieder der weiße Terror!
Nieder der Dawes-Plan mit seinen Steuern und der Verelendung der Schaffenden von Stadt und Land!

Nieder die Imperialisten mit ihren Kriegen und Mordtaten, nieder die Lakaien und Hülfen der Bourgeoisie — die Sozialreformisten und Vertreter der Bauernschaft!

Es lebe die rote revolutionäre Einheitsfront der Bauern der ganzen Welt unter dem Banner der roten Bauerninternationalen!
Es lebe die einheitsliche Kampffront der Arbeiter und Bauern gegen die Junker und Kapitalisten!

Es lebe die Bauerninternationalen!
Bauern und Arbeiter aller Länder, vereint Euch!

Für das Präsidium der Bauerninternationalen-Kontinieren:
Generalsekretärstellvertreter: Domhal
Organisationssekretär: M. Drioff

Postbezieher!
Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für April erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.
Der Verlag.

An alle Zellen und Ortsgruppen der R.F.D.!

Der zum 27. und 28. März d. J. anberaumte Bezirksparteitag für den Bezirk Halle-Merseburg wird auf Beschluß des Zentralkomitees am Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. April, verschoben.

Gründe: Die Sitzung der Exekutiven Exekutive hat wichtige Beschlüsse gefaßt. Die Ergebnisse müssen in den Zellen und Ortsgruppen zur Diskussion gebracht werden. Die bis zum 27. März zur Verfügung stehende Zeit ist zu einer gründlichen Durcharbeitung unter den Parteigenossen zu kurz. Die nächsten vier Wochen sollen also zu einer intensiven innerparteilichen Politisierungsarbeit ausgenutzt werden.

Die schon vorgeschlagenen Delegiertenwahlen zum Bezirksparteitag sind am 27. März zu erledigen. Die Wahl erfolgt auf den Stadt-Delegiertenkonferenzen, Ortsgruppen- und Bezirksgruppen-Mitgliederversammlungen nach Abschluß der Debatte.

Wahlgruppen-einteilung und Delegiertenzahl sind aus dem „Politischen Kurs“ Nr. 10 vom 17. März zu ersehen und bleiben bestehen. Für die innerparteiliche Arbeit wird der Arbeitsplan in dem nächste Woche erscheinenden „Politischen Kurs“ veröffentlicht.

Bezirksleitung der R.F.D., Halle-Merseburg

Die Reichspost gegen die Rote Hilfe!

Das Reichspostministerium hat am 2. März 1928 eine Verfügung herausgegeben, die alle Postämter benutzen können, um den Bezug des „Roten Helfers“ durch die Post zu sabotieren. In der Verfügung heißt es:

„Bei den von dritten Personen (Funktionären) bestellten Zeitungen haben in der Regel die Auftraggeber von sich aus für die Erneuerung der Bestellungen nach Ablauf der Bezugszeit zu sorgen. Nur wenn es sich um die Bestellung für einen einzelnen Besteller handelt und der Auftraggeber (also unsere Abonnenten) aus der Dezemberkampagne) im Zweifelbesitz der Abzahlpflichtigkeit wohnt, kann dieser beantragen, daß das Zeitungsgeld vor Beginn jeder neuen Bezugszeit von ihm eingezogen wird. Der Auftraggeber muß sich jedoch verpflichten, für jeden Fall, in dem die Einziehung für die erste in Frage kommende Bezugszeit nicht gelingt, der Post die entfallenden Aufwendungen mit dem dafür festgesetzten Beitrag von 30 Pf. zu ersetzen.“

Durch diese Verfügung, die dem Verlag des „Roten Helfers“ nicht mitgeteilt wurde, will man offenbar den Erfolg der Werbekampagne für den „Roten Helfer“ zu nichte machen. Diese Sabotageakte müssen gebrochen werden.

In Wittenberg hat man bereits unsere mit der Werbung beauftragten Genossen von der dortigen Postanstalt mitgeteilt, daß er die Abonnenten der Zeitung nicht erlösen. In allen Ortsgruppen der Roten Hilfe muß sofort eine Kontrolle vorgenommen werden, ob die Postämter die Abonnenten für das neue Quartal (April bis Juni) fallen lassen. Wo das nicht der Fall ist, muß mit den Postämtern sofort in Verbindung getreten werden, damit die Fälligkeit des „Roten Helfers“ nicht unterbleibt.

Genossen! Zeigt, daß Ihr es versteht, die einschneidende Sabotage gegen die gute Entwicklung der Roten Hilfe und ihrer Arbeit zu brechen.

5000 neue Mitglieder im Bezirk! 5000 neue Abonnenten für den „Roten Helfer“, das muß die Antwort sein, die wir den reaktionären Behörden erteilen.

Verantwortlich: Max Adamann, Eisenach, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Einzelteil: Fritz Koch, Halle a. S., Vertriebsdirektor 14.

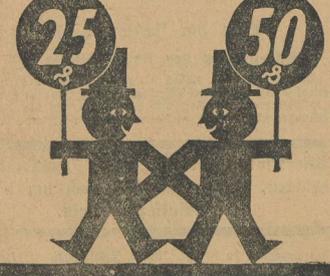
2 Teller Suppe für nur 13 Pfennig

erhalten Sie mühelos auf die einfachste Weise — durch
kurzes Kochen mit Wasser — in reicher Sortenauswahl

aus **MAGGI'S** Suppen-Würfeln



25 **50**



Einheitspreis

Handelsgesellschaft mbH.

**Neu-Eröffnung demnächst
Halle, Du wirst staunen
Steinweg 3 und Geiststr. 58**

**Zum 5. Jahrestag
der Märzkämpfe 1921**

Otto Hillen:

Warum in Mansfeld die Kirchhämmer
im Herbst blutrote Blätter haben
Drei Geschichten mit vier weitläufigen
Folgeschritten

Als Zehnährer zu empfehlen
Preis 40 Pf. Zu beziehen durch d. Buchhandlungen der Produktiv-Genossenschaft u. d. Literatur-Abteilung der R.F.D.

Zum Schweinemarkt stehen von
Mittwoch mittags u. Donnerstag
ein großer Vorrat
**Käuser- und
Zutterkäse**
billig am Verkauf
tome große
Auswahl von
5. Märker, Trothaer Str. 80.

Meinen wertigen Kunden und
Gönnern zur Nachricht, daß
ich mich durch 3 Stunden
stilles, mühsames Geschäft
wieder **eröffnet** habe

K. Haase
Weingärten Nr. 5

Kinderzeitung „Der kleine Coco“
oder Lachzeitung „Lip“ gratis! $\frac{1}{2}$ H nur 50 Pf



Rahma
buttergleich

Man kommt gut aus
auch in teuren Zeiten mit
„Rahma-buttergleich“

**Kleine
Anzeigen**
haben im Kleinsten

**Große
Wirtung!**

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Vollspart) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern
und Angestellten zur Verfügung.

Öffnung Dienstag und Donnerstag abends 8 bis 10 Uhr
Sondereröffnung in haben in der Volkshochschule, das 42/44

Wiener-Lichtspiele Piesteritz
Dienstag bis Donnerstag
das große Programm Doppelprogramm
Hallen haben in der pitanten Rolle:
„Die Kleine vom Bummel“
5 bis 10 Uhr

aus dem Großstadtleben voll Spannung,
Tempo und köstlicher Einfälle

„Die Ravine des Schiffals“
Ein Drama in den Schwellen von
Macht in 4 Akten mit Gise Käsel
Ein Film mit ungeheurer Spannung
und packender Naturwahrheit

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Eintritts-
preise: 0,60 0,80 1,10 1,40

**Gewissenspapier
3itungsträger**
für Unterhändler sofort geruch
Wahlungen beim Genossen Vater
in Unterhändler

Geschäfts-Anzeige!
Ich habe mich in Zeit als
Geschäftsagent

niedergelassen und empfehle mich zur Vertretung
aller in das Rechts- und in das Verrechnungs-
wesen einschlägigen Klagen, Schlichtungen
und Eingaben, eben so zur Vermittlung von Darlehen
und Grundstückskaufen

Alfred Klein, Zeitz, Lassalle-Str. 3
früher Bauamtsleiter bei den Rechtsanwältin
Dr. Rümmer und Köhler 522

Dankagung
Für die vielen Bemeine herrlicher
Teilnahme beim Heimgange meines
lieben Vaters

August Hirsch
agen mir allen untern herzlichsten
Dank. Besonders Dank genossen
Frau und Kleinkind für ihre
aufrichtigen Worte. Dank den
Sängern für den herrlichen Beisang

Die trauernden Hinterbliebenen

